



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

283 (23.6.1926) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-230026](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-230026)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung frei im Haus oder durch die Post monatlich M.-M. 2.50 ohne Beleggeld. Bei sonstiger Verwendung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Wochensatz M. 17.50. Karlsruher - Hauptgeschäftsstelle H. 6, 2. - Geschäfts-Nebenstellen Waldhofstraße 6, Schwelingerstraße 24, Meerstraße 11. - Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal. Fernsprech-Nummern: Nr. 7941, 7942, 7943, 7944 u. 7945.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro Linie: Reklamzeitung für 14 Tage, 40 M. - M. Reklam, 2-4 M. - M. Reklam-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Entschädigungen für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Wusträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. - Gerichtsstand Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel - Aus Zeit und Leben - Mannheimer Frauen-Zeitung - Unterhaltungs-Beilage - Aus der Welt der Technik - Wandern und Reisen - Gesetz und Recht

Agrarzölle und Fürstenabfindung

Die Einstellung der Flügelparteien

□ Berlin, 23. Juni. (Von unj. Berl. Büro.) Es war ein richtiger Gedanke, erst einmal zu versuchen, die Stimmungen in den Flügelparteien zu erforschen, ehe man sich im Redaktionsrat an die materielle Beratung des Gesetzes über die Fürstenabfindung machte. Bereitschaftserklärungen zur Mitarbeit lagen von Sozialdemokraten und Deutschnationalen ja auch schon in früheren Stadien vor, aber diese „Mitarbeit“ erschöpfte sich in Abänderungsvorschlägen, die schließlich die Kompromissvorlagen immer wieder auf das tote Geleise schoben. Um der Wiederholung solcher Trauerpiele zu entgehen, hat man gestern einen ganzen Tag hindurch verhandelt, die Regierungsparteien untereinander, die Minister unter sich, die Regierungsparteien mit dem Kanzler und dem Reichsinnenminister Kühl, zuletzt auch noch der Kanzler mit den Demokraten und den Deutschnationalen. Zu bestimmten Ergebnissen ist man trotzdem noch nicht gekommen, im Grunde über Vorführer noch nicht hinausgekommen, und also wird man am Mittwoch doch in die Einzelberatung hineinsteigen, ohne zu wissen, wie und wo man aus ihr heraussteigt. Weshalb denn auch von einigen Berliner Blättern bereits angekündigt wird: Es bliebe kaum noch in anderer Hinsicht.

als die Reichsausschussung.

Wer in den letzten Jahren die parlamentarischen Sommerferien vor der Verlagerung mit erlebt hat, ist geneigt, die Dinge ruhiger zu sehen. Die Ferien verdrängt sich niemand gern, ausgenommen natürlich die Kommunisten, die nach Belieben die Erwerbslosen loslassen können. Es gibt in der Sozialdemokratie eine nicht ganz einflussreiche Gruppe, die unter Führung des Dr. Hilferding einem vernünftigen Kompromiß sich nicht verweigern möchte, und es gibt doch auch unterschiedliche Deutschnationale, die sich klar sind, daß Neuwahlen unter der Parole der Fürstenabfindung für sie ein schändliches Scheitern wären, die in voller Kammer sich wohl auch nicht verhehlen, daß wenn sie jetzt starren sich verstellen, ihre Sehnsüchte, wieder einmal an die Regierungsbank heranzukommen, für lange, vermutlich sehr lange Zeit ungesättigt bleiben könnten. So scheint uns alle Aussicht noch durchaus nicht verflüchtigt. Vielleicht möchte man hüben wie drüben auch ein wenig zu luhnen. Bei der Sozialdemokratie nach der Devise: Verzicht auf erhöhte Agrarzölle gegen Fürstenabfindung. Eine interfraktionelle Besprechung über dieses Problem und über den schwebenden Handelsvertrag fand nachmittags beim Außenminister (Kühl); bei den Deutschnationalen in der Richtung: Fürstenabfindung für preussische Neuwahlen im Herbst.

Sehr freundlich mag die Lage augenblicklich nicht sein, aber es ist auch keineswegs so, daß Regierungs- und Koalitionsparteien nun schon ihr letztes Pulver verschossen hätten.

Stimmungsmache

□ Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Was in den Berliner Blättern über den Stand der Fürstenabfindung zu lesen ist und was noch in den nächsten Tagen dort zu lesen sein wird, gehört ganz überwiegend in das Kapitel der Stimmungsmache. Wer ganz ohne Vorurteil liest, dem gelten die Ansprüche der Sozialdemokratie als bescheiden und natürlich, wer andere Wunschbilder in

Die französische Ministerkrise

□ Paris, 22. Juni. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der 8. Tag der Ministerkrise ist verstrichen, ohne daß es Briand gelungen wäre, einen Schritt weiter zu kommen. Die Lage hat sich im Gegenteil verschärft. Alle Verhandlungen, ein gemeinschaftliches Finanzprogramm aufzustellen, das Aussicht hätte, in der Kammer eine Mehrheit zu finden, haben bisher nicht zum Ziele geführt. Der ehemalige Finanzminister Doumer, der nach der Ablehnung Poincarés von Briand ersucht wurde, wiederum das Finanzportefeuille zu übernehmen, ist nicht geneigt, die steigende Unruhe in der Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Seine Persönlichkeit läßt umso weniger Vertrauen ein, als ihm die Absicht zugesprochen wird, das unter dem alten Kabinett geschaffene Expertenkomitee aufzulösen. Wegen Briand werden scharfe Angriffe gerichtet, weil er wiederum auf Doumer zurückgegriffen habe, dessen letzte Tätigkeit als Finanzminister einen schlechten Eindruck hinterließ. „Paris Soir“ fordert dringend, Briand möge, statt immer Gespenster, die aus politischen Friedhöfen entschlüpfen sind, zu zitieren, doch endlich neue Persönlichkeiten berufen, die fähig sind, für das Allgemeinwohl zu arbeiten. In den Abendstunden wurden vorläufig genehmigt, daß auch Doumer dem Kabinettsmitglied eine abschließende Antwort erteilen werde. Der ehemalige Finanzminister selbst bemerkte, als er von den Journalisten über seine Absicht befragt wurde: Er werde mit großer Wahrscheinlichkeit nicht Finanzminister in der kommenden Regierung sein.

Unterdessen bemüht man sich energisch, Poincaré zu veranlassen, seine Weigerung zurückzunehmen. Sie hat bei seinen Freunden, die bereits triumphierend verkündeten, die neue Regierung werde durch die Aufnahme des ehemaligen Ministerpräsidenten eine große Kraft sowohl gegen innen als auch gegen außen erhalten, eine harte Enttäuschung hervorgerufen. Es wird bekannt, daß vom Versée aus ein starker Druck ausgeübt wird, um Poincaré wieder die Macht zu bringen und Caillaux abzutun. Sollte jedoch die von Briand geplante Kombination scheitern, so hält man eine Belastung Caillaux für nicht ausgeschlossen. Zur Stunde erscheint die Situation sehr verworren.

der Seele trägt, hält es in der Beziehung mit den Deutschnationalen, und beide arbeiten, je nach Bedarf, mit dem drohenden Gespenst der Reichstagsauflösung. Inzwischen haben die Sozialdemokraten ihre Wünsche formuliert und dem Reichsausschuß eingereicht. Der „Vorwärts“ erzählt daraus, ohne im einzelnen Vorrangendes mitteilen zu können: Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß sämtliche Mitglieder des Sondergerichts vom Landtag zu wählen sind und daß von ihnen 4 Wahlen sind. Ferner beantragt die Sozialdemokratie, daß das Fürstengericht von amtswegen die Auseinandersetzung vorzunehmen hat, nicht wie die Regierungsvorlage will, lediglich auf Antrag eines Landes oder Fürsten. Ferner fordert die Sozialdemokratie, daß in den Fällen, in denen nach der Revolution bereits eine Gesamtauseinandersetzung erfolgt ist, (also wie bei uns in Baden D. Schriftl.) das Reichs-Sondergericht eingreifen soll, sobald eine Landesregierung beantragt. Außerdem wünscht die Sozialdemokratie - und das dürfte der am schwersten zu tragende Punkt sein -, daß das Sondergericht durch frühere Urteile, selbst durch solche, die ein Duzend Jahre zurückliegen, nicht gebunden sein dürfen und zu gutertun will sie, daß sämtliche Krontribunals- und ähnliche Renten, ohne Entschädigung fortfallen sollen.

Wie man sieht, sind diese sozialdemokratischen Wünsche lauter als Bekannte, und was in früheren Stadien gegen sie sprach, spricht wohl auch heute noch gegen sie. Die „Tägliche Rundschau“ weist denn auch darauf hin, daß die Annahme der sozialdemokratischen Forderungen nicht nur den entschledenen Widerstand der Deutschnationalen, sondern

auch ein „Abbrechen des rechten Koalitionsflügels“

zur Folge hätte; mit anderen Worten: Auch die Volkspartei wäre dann nicht mehr zusammenzuhalten. Und schließlich liegen die Dinge hier so, daß man, wenn die Fürstenvorlage durch alle Fährnisse gesteuert werden soll, nicht nur die Zustimmung der Sozialdemokratie, sondern auch die der Deutschnationalen braucht.

Dennoch scheint man im Zentrum die Aussicht für ein baldiges Zustandekommen des Fürstengesetzes nicht gerade für ungünstig zu halten. Die „Germania“ erklärt nämlich, so unsere Auffassung befähigend: „Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen kann angenommen werden, daß diese Vorlage im Reichstag vielleicht mit einigen Änderungen, die aber keineswegs zu einer Verbesserung führen dürften, die nötige Zweidrittelmehrheit finden wird.“ Was die Götter in Gnaden senken mögen.

Neuer Hohenzollernvergleich mit Preußen?

□ Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Wie der Reichsdienst der deutschen Presse von besonderer Seite gehört haben will, soll Herr von Berg, der Finanzberater Wilhelm II., einen neuen Schritt in der Frage des Hohenzollernvergleichs mit der preussischen Regierung vorbereiten. Es soll beabsichtigt sein, auf einige Finanz- und Gebühdeforderungen zu verzichten, dagegen die Grundbesitzforderungen voll aufrecht zu erhalten. Von dem Dezernenten für die Kronrenten in Preußen wird jedoch dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erklärt, daß bisher von einem erneuten Herantreten des Herrn von Berg an den Fiskus nichts bekannt ist. Im übrigen soll eine Sonderabgabe die Wiederaufnahme der seinerzeit suspendierten Vergleichsverhandlungen unabhängig von der Reichsregelung nicht in Frage kommen.

Die englisch-russische Spannung

□ London, 23. Juni. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die auf freitags angekündigte Russenabende im Unterhaus wird vermutlich einen ruhigeren Verlauf nehmen, als von einem Teil der Regierungspartei beabsichtigt wurde. Der Flügel des Kabinetts, der den diplomatischen Bruch mit Rußland unter den gegenwärtigen Umständen vermeiden möchte, hat die Oberhand gewonnen. Die Regierungsbank werden daher mit den Heißspornen in der Partei zwar mit Worten sumpfschilleren oder nicht mit Taten. Durch den Beschluß der Regierung, die Debatte auf einen unformellen Antrag auf Verlagerung des Hauses folgen zu lassen, wird die Resolution von 14 Unionisten, welche die Erledigung des Handelsvertrags mit Rußland verlangen, aus dem Wege geräumt. Die Regierung hat eine private Sondierung der Parteimitglieder vornehmen lassen, welche eine überwiegende Abneigung gegen den Bruch mit Rußland ergab. Der von Churchill und Lord Birkenhead geführte Flügel des Kabinetts, welcher den Bruch mit drohlichen Mahnungen gegen die russischen Vertreter in England befürwortet, wird daher einstellend sein Ziel aufgeben müssen. Baldwin, Chamberlain, Lord Balfour und die Mehrheit der Kabinettsmitglieder sind entschlossen, bei den jetzigen britischen internationalen Beziehungen in Europa alle Erschütterungen der Stabilität zu vermeiden.

Die englische Kohlenkrise

□ London, 23. Juni. (Von unserem Londoner Vertreter.) Im Kohlenkonflikt liegen noch keine Anzeichen für eine mögliche Beilegung vor. Die Arbeiterpartei hat gestern beschlossen, die Ablehnung beider Regierungsvorschläge im Kohlenbiput zu beantragen. Die Vorlage über die Reorganisation soll heute eingebracht werden, diejenige über den Achtstundentag erst nächste Woche.

Das deutsche Eigentum in Ur

□ Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Der frühere Reichstanzler Guano befindet sich nach einer Meldung der „Börsen-Ztg.“ seit dem letzten Samstag in Amerika, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Washington über die Rückgabe des deutschen Eigentums zu verhandeln.

Unbefriedigende Lage an der Saar

Von Dr. W. Köhlig

Der Empfang einer Abordnung der saarländischen Beamten beim Reichstanzler und die Schädigung der unbefriedigenden Einkommenslage dieses Teiles der Bevölkerung des Saargebietes hat die allgemeine Aufmerksamkeit einmal wieder auf die Lage des Saargebietes gelenkt. Die Not dieses vorläufig von Deutschland abgetrennten Landes drängt sich jedem auf, der sich mit den Verhältnissen eingehender befaßt. Dabei ist die Not der Beamten, denen jetzt von der Reichsregierung gewisse Zuschüsse aus Reichsmitteln zur Aufwertung ihres in Franken gezahlten Gehaltes zugeflogt worden sind, nur ein Teil der allgemeinen Not. Die Lage der Saarbewohner hat sich auch unter dem neuen Vorstehenden der Regierungskommission des Saargebietes noch nicht erheblich gebessert, trotz allen guten Willens des Kanadiers Stephens, der vor einigen Monaten den Französisch Kaut abgelehrt hat. Aber die Hindernisse für eine befriedigendere Gestaltung der Verhältnisse liegen teils in dem verhängnisvollen Verfall der Verträge, teils in den Bestimmungen des Saarstatutes, teils endlich in der passiven Resistenz gewisser Völkerverbände, die sich zu einer gerechteren Haltung nicht aufschwingen können, wiewohl die Regierungskommission nach dem Wortlaut des Völkervertrages die Beförderung der hohen Prinzipien sein soll, die die Gründung des Völkervertrages veranlaßt haben und die sein Wert der Begründung des Friedens und methodischer Ordnung seien sollen.

In der Praxis hat sich die Völkerverbände im Saargebiet so ungefähr als das Gegenteil dessen erwiesen, was der Völkerverbund ihr an Aufgaben und guten Gedanken zugebracht hat. Das wird auch nicht besser werden, solange nicht die Regierungskommission eine Zusammensetzung erfährt, die den Grundgedanken der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit und vor allen Dingen den Interessen des Landes selbst entspricht. Zwar ist es erfreulich, daß Kaut, der unbedingte Franzose, durch den Kanadier Stephens abgelöst worden ist. Aber in derselben Regierungskommission sitzt nicht nur ein Franzose, nämlich Moriz, der bis zu seiner Ernennung zum Minister den Posten eines Generalsekretärs bekleidete, sondern ferner auch der Belgier Lambert und vor allen Dingen der Tschede Bezenski, der allen Saarländern als Leiter des Kultusministeriums besonders verhaßt ist und in dieser Eigenschaft einen absolut parteilichen Druck auf alle Schulbehörden ausübt. Als Vertreter der saarländischen Bevölkerung ist in der Regierung lediglich Herr Köhmann, der sicher den besten Willen hat, dem Lande zu dienen, der aber bei der Ausführung dieser Absicht ständig auf den Widerstand der frankophilen Mitglieder stößt.

Herr Köhmann verwaltet auch das Dezernat für soziale Fürsorge. Aber seine Macht ist gerade auf diesem Gebiete außerordentlich beschränkt. Denn in dem wichtigsten Verwaltungszweige des Saargebietes, in der Grubenverwaltung, herrscht unumkehrbar der französische Sektus und das ist umso verhängnisvoller als Zweidrittel der Saarbewohner durch die Art ihres Arbeitverhältnisses unmittelbar oder mittelbar von der Grubenverwaltung abhängig ist. Von den hervorragenden Leistungen der deutschen Sozialversicherung ist unter diesen Umständen im Saargebiet fast nichts mehr zu merken. Die Leistungen sind auf ein Minimum gesunken und die Grubenbeamten und Arbeiter leiden teilweise bittere Not. Diese Not wird noch dadurch vergrößert, daß alle diese Leute nicht in Markt, sondern in Franken entlohnt werden. Da sehr viele Arbeiter außerdem auf reichsdeutschem Gebiet wohnen, im Saargebiet aber beschäftigt sind, so sind die Folgen teilweise katastrophal.

Ein großer Anlaß zur Besorgnis ist ferner für die Saarländer das Verbleiben der französischen Truppen im Lande im letzten Widerspruch zum Versailles Vertrag. Dieser verbietet ausdrücklich jeden Militärdienst im Saargebiet und sieht nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung vor. Die frankophile Regierungskommission hat unter der Herrschaft Kauts niemals daran gedacht, diese Bestimmung des Vertrages zu erfüllen, vielmehr den Ausbau der Gendarmerie ständig verzögert. Auf vielfache Beschwerden beim Völkerverbund ist dann endlich der Ausbau der Gendarmerie durchgeführt worden. Sie ist heute so groß, daß der Verbleib der französischen Truppen im Lande absolut unnötig ist. Der saarländische Landesrat, dieser Ersatz einer Volksoberleitung im Saargebiet, hat beim Völkerverbund verschiedentlich auf die Unhaltbarkeit dieses Zustandes hingewiesen und mehr als eine Denkschrift nach Genf geschickt, aber bisher immer vergeblich. Im Frühjahr hat sich der Völkerverbund endlich erweichen lassen und grundsätzlich dem Abzug der französischen Truppen zugestimmt. Aber er hatte bei seinen höchsten Absichten nicht mit der Sabotage der französischen Militärs und Trabantanten im Saargebiet gerechnet. Es wird nun darauf ankommen, ob der Völkerverbund genügend Autorität und Energie besitzt, um seine Auffassung den Saboteuren seiner Entschädigung gegenüber durchzusetzen. Es steht nämlich jetzt sein Ansehen unbedingt auf dem Spiel, wenn er es nicht vermag, sich durchzusetzen. Von französischer Seite kommen nämlich bereits allerlei Versuche, strategische Gründe für ein Verbleiben der Besatzung im Lande zu rechtfertigen. Es wird vor allen Dingen von dieser Seite behauptet, daß eine Besatzung im Saargebiet bleiben müsse, um die strategische Verbindung zwischen Frankreich und dem Rheinlande zu sichern und den eventuellen Durchmarsch durch das Saargebiet zu gewährleisten. Die Vertreter dieser Auffassung haben es leider verstanden, auch den Völkerverbund in ihrem Sinne zu beeinflussen und der Saar-Präsident, der Kanadier Stephens, hat wohl bisher formelle Proteste nach Genf geschickt, aber von einem Erfolg seiner Bemühungen hat man bisher noch nichts gemerkt.

Es ist also wieder das alte Spiel im Saargebiet im Gange. Solange nicht dafür gesorgt wird, daß die Saargebietung absolut unparteilich arbeiten kann und bei ihren Arbeiten allein das Interesse des Landes im Auge haben darf, solange wird sich im Saargebiet nichts ändern. Es ist gut, wenn die deutsche Öffentlichkeit und auch das Ausland in seinen maßgebenden Kreisen immer wieder auf diese unheilbaren Zustände hingewiesen wird,

Aus der gestrigen Reichstagsitzung

Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Das Kernstück der Reichstagsitzung sollte die Resolution zum Volkswirtschaftlichen Gesetz sein, als die Gefahr dringlich wurde, von der Regierung vorgelegene Gesetze, das die Möglichkeit verlegen will, auf dem bequemsten Wege des Volkswirtschaftlichen die eigenen Taschen zu füllen. An dieses Kernstück ist man nicht mehr herangekommen, die Oppositionsparteien widersprachen und die Regierung, die nach den Erfahrungen vom letzten Sonntag sich noch einmal über das Thema zu unterhalten wünschte, widersprach demselben. So wird den Aufmerksamkeitsanforderungen um Best und den Kommunisten erst am Mittwoch ihr Fest bereit werden. Was dann noch auf der Tagesordnung blieb, konnte unter dem Rubrum der kleinen Vorlagen gehen, mit einer Ausnahme: Das Knappschußgesetz, das lange und schließlich bestritten wurde in namentlicher Abstimmung mit 130/55 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten hatten sich schließlich doch dafür erklärt, aber ein Teil der Volkspartei, der mit den Ausschlußbeschlüssen sich nicht befreundet mochte, votierte dagegen. Auch das Mieterschußgesetz, dessen zweiter Lesung in vorgeschriebener Stunde man sich zuwandte, ist von beträchtlicher Bedeutung, hat innerhalb des Hauses und außerhalb schon Stürme entfacht. Aber man begnügte sich, einen Redner zu hören, den früheren sächsischen Innenminister Lipinski, der mit nicht durchwegs zureichenden Gründen gegen das „Hausgesetz“ sich entäußerte.

Vor dem Auseinandergehen hatte Herr Böde noch Gelegenheit gehabt, seine guten Wünsche zur Verbesserung der Geschäftsordnung zu erproben. Er hatte halbblühende Redezettel vorgelesen, Herr Hillen, jedes Wort das veräppelte Echos, protestierte, eine Stunde. Williger hätte er es nicht machen, die Interessen der Mieter könne man sonst nicht genügend wahren. Doch der Präsident bedeutete ihm, nicht durch die Länge der Rede würden die Mieterinteressen geschützt, und batte so mit solomonischem Entschluß Vorher und Wehret auf seiner Seite.

Sitzungsbericht

Präsident Böde eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Der Gegenstand über Rückgabe der für Befähigungswende in Anspruch genommenen Grundstücke wird dem Ausschuss für die besetzten Gebiete übergeben. Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge. — Abg. Räder (Komm.) ist an sich nicht gegen Erhebungen über die Wirkung der Unterhaltungsarbeiten nach Wohnstätten. Aber diese Erhebungen seien eine Vorbereitung für die Entlastung der Unterhaltungsämter, daher müsse die kommunikative Fraktion diese Vorlage bekämpfen. Abg. Dillmann (Soz.) fordert eine Vorlage, die die Unterhaltung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter bis Ende des Jahres sicherstellt. Der Redner kündigt der Regierung schärfsten Kampf an, wenn bei einer Reorganisation der Erwerbslosenunterstützung etwa eine Verschlechterung der bisherigen Bezüge herauskommen werde.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betont, es bestehe Einigkeit, daß das gegenwärtige System der Erwerbslosenfürsorge Mängel habe. Es sei aber unmöglich, vor der Sommerpause diese schwierige Frage zu erledigen. Die Regierung werde deshalb auch dafür Sorge tragen, daß die gegenwärtigen Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge auch über den Sommer hinaus gelten, um die Fürsorge sicherzustellen. Entsprechende Vorlagen lagen bereits dem Kabinett vor und würden in den nächsten Tagen dem Reichstag vorgelegt werden.

Die 3. Lesung des Reichsknappschußgesetzes mit der Vorlage zur Annullierung der Kinderrenten in der Reichsversicherungsordnung und im Unfallversicherungsversicherungsgesetz an die Höhe im Reichsknappschußgesetz wird dann fortgesetzt. Nach kurzer Erörterung wird die Vorlage über die Kinderrenten in 2. Lesung angenommen. In der Einzelbesprechung beim Knappschußgesetz weist Abg. Koch-Düffelhoff (D.R.) auf die schwierige Lage des deutschen Kohlenbergbaus hin. Der Termin für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes, das neue Kohlen bringe, sei schlecht gewählt.

Vor der Schlussabstimmung gibt Abg. Dr. Moldenhauer (D. Sp.) eine Erklärung ab, in der anerkannt wird, daß die Vorlage eine Reihe von Fortschritten bringt. Andererseits bringe die Knappschußvorlage eine große Mehrbelastung und lasse die Parität in den Vermittlungsorganen vermissen. Es sei daher eine Verschärfung des Gesetzes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu befürchten. Ein Teil der Fraktion der Deutschen Volkspartei werde sich daher bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Das Reichsknappschußgesetz wird dann in der Schlussabstimmung mit 300 gegen 58 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Regierungsvorlage, nach der ein Volkswirtschaftliches Gesetz der Aufwertung ausgeschrieben sein soll.

Reichsinnenminister Dr. Rühl läßt die Frage noch nicht zu bedauern, da das Reichskabinett zur Vorlage erneut Stellung nehmen werde. Der Antrag auf Ablehnung der Vorlage wird mit 106 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Beschlossen wird aber, zunächst das Mieterschußgesetz zu behandeln, so daß tatsächlich die Volkswirtschaftsvorlage in dieser Sitzung nicht mehr zur Verhandlung kommt.

Es folgt also die zweite Beratung des Gesetzes zur Abänderung des Mieterschußgesetzes.

Abg. Lipinski-Soz. weist auf die mißliche Lage des Wohnungsmarktes hin und verlangt entsprechende Abhilfsmaßnahmen. Der Redner wünscht, daß die Vorlage auf keinen Fall befristet werden. Der Redner wendet sich dann gegen die Vorlage, sie bringe eine Verschärfung des Mieterschußgesetzes. Das Ziel der Vorlage sei der allmähliche Übergang zur freien Wohnungswirtschaft, bei der die Hausbesitzer die Mieten in den allen Wohnungen denen in den Neubauten anpassen müssen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Mittwoch 2 Uhr: Handelsverträge mit Schweden und Dänemark, Mieterschuß, Schluss 6 Uhr.

Aus den Reichstagsausschüssen

Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde heute ein volkswirtschaftlicher Antrag angenommen, wonach dem Verfassungsgesetz vom 21. Dezember 1920 die Bestimmung einzufügen ist: „Ist die nach Aufgabe dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die, welche dem Beamten vor dem Inkrafttreten des Reichsbeamtengesetzes vom 20. April 1920 gewährt worden ist, so wird die letzte Pension anstatt der ersten bewilligt.“

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags lehnte mit allen gegen zwei deutsch-nationale Stimmen einen Antrag des Generalfrauenrats in Hamburg ab, wonach der kommunikative Reichstagsabgeordnete Urbahn zur Verhütung der wegen des Bombenleger Aufstandes von 1923 verhängten Festungstrafe von zehn Jahren in Haft genommen werden sollte.

Der Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete beschäftigte sich heute mit der Frage der Kreditgewährung für Gewerbe, Handel und Landwirtschaft des Saargebietes. Hierzu lagen Anträge vor, die zur Behebung der Notlage Reichsaufträge, Steuererleichterungen und zinslose Kredite forderten. Reichstagsminister Dr. Marx gab die Erklärung ab, daß das Reich bereit sei, einen Betrag von 3-4 Mill. M. für langfristige Bankkredite zu gewähren. Darüber hinaus seien aber bei aller Würdigung der Notlage weitere Mittel nicht verfügbar.

Der Jugendausschuss des Reichstags beriet über das Gesetz zum Schutz der Jugend bei Ausübungen in erster Lesung. Angenommen wurde ein deutsch-nationaler Antrag, wonach die Regierung ersucht wird, durch Stellung von Reichsmitteln und durch Einwirkung auf die Länder dahin zu wirken, daß Vereine und Verbände einschließlich der Konfessionellen, sowie Schulen und Jugendämter, die für unsere Jugend gute Darstellungen veranstalten, mehr als bisher gefördert werden. Die erste Lesung des Gesetzes wurde mit 130/55 Stimmen angenommen.

Badische Politik Grund- und Gewerbesteuer

Die 2. Lesung im Haushaltsausschuss

Am gestrigen Dienstag vormittag begann im Haushaltsausschuss des Badischen Landtages die zweite Lesung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes. Der Finanzminister teilte zunächst mit, daß beabsichtigt sei, den Ausschuss am 10. Juli zu einer Besichtigung des hiesig sehr weit fortgeschrittenen Kraftwerkes in Buggingen einzuladen; weiter sei beabsichtigt, dem gekamerten Landtag nach Vorabend und an die Schwarzenbachtaisperte zu führen; auch der von dem Landtag gewünschte Vortrag über Wärme- und Wasserkräfte soll durch Geheimrat Dr. Bischoff aus Berlin, den Leiter der Elektrizität der Rheinlande, gehalten werden. Hierauf verlas der Berichterstatter die von uns im Bericht mitgeteilten Eingabe des badischen Industrie- und Handelsvereins zum Grund- und Gewerbesteuergesetz. Ohne allgemeine Beratung begann dann der Ausschuss die Durcharbeit der einzelnen Paragraphen. Zu einer längeren Aussprache gab § 9 Veranlassung, der die

Steuergrundbeträge

bestimmt. Ein Antrag der Regierungspartei hierzu verlangte, daß der Steuergrundbetrag auf den Gewerbeertrag bis 4000 M 1 M betragen soll (statt 3000 M nach den Haushaltsausschussbeschlüssen der ersten Lesung). Die gleiche Forderung enthielt schon ein volksparteilich-demokratischer Antrag bei der ersten Lesung, der wieder eingebracht wurde. Dieser wurde von dem gleichen Parteien beantwortet, wie bei der ersten Lesung, den Steuergrundbetrag für den Gewerbeertrag nicht nach der Höhe des Rohertrages, sondern nach der

Höhe der Rentabilität

abzuschätzen. Der Steuergrundbetrag von 1 M bis 4000 M und 2 M nach dem Ertrag soll sich nach diesem Antrag bei einer Rendite bis zu 10 v. H. um 20 v. H., bei einer Rendite von 10 bis 15 v. H. um 40 v. H. und bei einer Rendite von mehr als 15 v. H. um 60 v. H. erhöhen. Ein demokratischer Redner bezeichnete das frühere Steuergesetz als klar und einfach. Das Verhältnis der Belastung von 70 zu 30 zwischen Grundvermögen und Gewerbe erscheint ihm für das Gewerbe zu hoch, er beantragte deshalb das Verhältnis von 70 zu 25 herzustellen. Von einem Regierungsvorleser wurde hierzu ausgeführt, durch die Staffelung der Steuergrundbeträge sei nur das in das Gesetz aufgenommen worden, was früher im Finanzgesetz enthalten gewesen sei. Das Verhältnis von 70 zu 30 hinsichtlich der Belastung entspreche dem Durchschnitt der Jahre 1908-1919 und dem Stande der Jahre vor dem Kriege.

Von volksparteilicher Seite wurden die Steuergrundbeträge für den Gewerbeertrag als zu hoch bezeichnet. Nach der Regierungsvorlage soll durch die Befreiung des Gewerbeertrages 18 v. H. des Gebalbedarfs von 18 Millionen M auf 3,24 Mill. M abgesenkt werden. Die von der Regierung vorgeschlagenen Erträge würden aber wesentlich mehr einbringen und ermöglichen eine stille Reserve. Deshalb sei die Herabsetzung der Steuergrundbeträge möglich und notwendig. Von einem Regierungsvorleser wurde bestritten, daß hier eine stille Reserve einfließen sei.

Der Finanzminister machte dann Mitteilungen über das Ergebnis der

Tätigkeit der Budgetprüfer

im Reich und in Baden. Danach hat der Budgetprüfer im Rechnungsjahr 1924 in ganz Deutschland 88 Mill. M mehr Steuer und 6,4 Mill. M Goldstufen erwartet und im Jahre 1925 98 Mill. M mehr an Steuer und 7,5 Mill. M Goldstufen. An der Spitze der Landesfinanzamtsdirektoren steht Berlin mit 32,5 Mill. M mehr im Jahre 1924 und 34 Mill. M im Jahre 1925. Ursache hierfür ist die Konzentration der Deutschen Wirtschaft in der Reichshauptstadt. In Baden war das Ergebnis der Budgetprüfer im Jahre 1924 4,4 Mill. M und im Jahre 1925 5 Mill. M. Der Finanzminister teilte ferner mit, es bestehe die Absicht, die kleineren Gewerbetreibenden mehr noch durchzunehmen zu veranlassen und die ganze Kraft der Finanzverwaltung auf die

Veranlagung der großen Unternehmen

zu konzentrieren. In der Reichsabschlagsordnung ist jetzt bestimmt, daß jedes dritte Jahr eine Überprüfung der großen Unternehmen durchzuführen sei. Ein Antrag des Landtags verlangt, daß die Ermäßigung des Steuergrundbetrages von 15 auf 12 v. H. beim Grundvermögen nicht nur bis zu 20 000 M, sondern bis zu 30 000 M gewährt werde, da bisher Grundvermögen bis zu 20 000 M mit Steuerermäßigung gemessen hätten. Von einem Regierungsvorleser wurde dies mit dem Hinweis widerlegt, daß gegenüber bisher ein 30-prozentiger Abzug bei Grundvermögenwerten durchgeführt worden sei, die Steuergrenze von 20 000 M, also günstiger als die von 25 000 M sei. Ein Zentrumsvorleser erklärte, daß die Steuergrundbeträge so hoch genommen werden, daß ohne Zuschlag der Finanzbedarf des Staates gedeckt werden könnte, während die Regierungsvorlage Steuergrundbeträge enthält, die vorwiegend in Höhe von 200 Prozent erhoben werden müssen, um den Finanzbedarf zu decken. Ein Regierungsvorleser äußerte dagegen Bedenken, dasselbe geschah von einem Redner der Deutschen Volkspartei; es liege im Interesse der Steuerzahler, die Steuergrundbeträge nicht zu erhöhen. Von sozialdemokratischer Seite wurde der volksparteilich-demokratische Antrag auf Befreiung nach der Rentabilität abgelehnt. Die Abstimmung über die Anträge wird erst am Schluss der Beratung erfolgen.

§ 13 in der Fassung des Ausschusses legt vor, daß die Steuer ermäßigt

werden kann, wenn sie eine besondere Härte bedeutet. Eine solche soll namentlich dann angenommen werden, wenn die Steuer in außergewöhnlichem Verhältnis zum Ertrag liegt. Hierzu wird vom Industrie- und Handelsrat gewünscht, das Wort „Ertrag“ durch „Reinertrag“ zu ersetzen. Der Berichterstatter lehnte dies ab, da die Grund- und Gewerbesteuer den Rohertrag bestimme und keine Einkommensteuer sei. Von einem Redner der Deutschen Volkspartei wurde dem entgegengehalten, es handle sich hier nicht um das Grundprinzip des Gesetzes, sondern um die Rückfälligkeit auf die wirtschaftliche Existenz des Steuerpflichtigen, also ein subjektives Element. Die Ertrags- des Steuerpflichtigen hinge aber vom Reinertrag ab, deshalb sei über der Reinertrag im Gesetz berechtigt. Nach der früheren § 13, Absatz 3, der verlangt habe, daß die Steuer 20 v. H. des Ertrages nicht übersteigen dürfe, habe diese wieder seine Berechtigung und sei im Jahre 1923 nur deshalb aufgehoben worden, weil er in der Inkraftsetzungszeit nicht durchführbar gewesen sei. Der Redner demokratischen Fraktion schloß sich diesen volksparteilichen Ausführungen an. Ein Regierungsvorleser erwiderte, der frühere § 13 Absatz 3 habe heute keine Berechtigung mehr, da jetzt nicht nur der Wert, sondern auch der Ertrag besteuert würde, die Berücksichtigung des Ertrages also auf diese Weise erfolge. Vom Zentrum wurde diese Stellungnahme unterstützt.

In § 15 ist durch den Haushaltsausschuss in der ersten Lesung die steuerfreie Zeit für erhaltene Anlagen von Gebäuden auch mit Wald

§ 16, der den

Steuwert der Wäldungen

behandelt, und zu § 21 wurde von der Deutschen Volkspartei und der demokratischen Fraktion beantragt, die Erhöhung des Souveränitäts um 40 v. H. bei einer Umtriebszeit von mehr als 50 Jahren fallen zu lassen. Von Rednern der beiden Fraktionen wurde darauf hingewiesen, daß der Holzumsatz auf sächsischem Boden zum Beispiel im Bombenbombengebiet so gering sei, daß eine mehr als 50-jährige Umtriebszeit dadurch notwendig werde und daß die alten und bewachsenen Hölzer heute viel schwerer als die geringwertigen abzuleiten seien. Erhöhte Umtriebszeit bedeute deshalb auch keine erhöhte Rendite, deshalb sei eine solche Bestimmung nicht berechtigt.

Zu § 16, der den

Steuwert der Wäldungen

behandelt, und zu § 21 wurde von der Deutschen Volkspartei und der demokratischen Fraktion beantragt, die Erhöhung des Souveränitäts um 40 v. H. bei einer Umtriebszeit von mehr als 50 Jahren fallen zu lassen. Von Rednern der beiden Fraktionen wurde darauf hingewiesen, daß der Holzumsatz auf sächsischem Boden zum Beispiel im Bombenbombengebiet so gering sei, daß eine mehr als 50-jährige Umtriebszeit dadurch notwendig werde und daß die alten und bewachsenen Hölzer heute viel schwerer als die geringwertigen abzuleiten seien. Erhöhte Umtriebszeit bedeute deshalb auch keine erhöhte Rendite, deshalb sei eine solche Bestimmung nicht berechtigt.

Die Zollfrage

Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Den Stand der Zollfrage glaubt die „Germania“ folgendermaßen schildern zu können: Man hofft den deutsch-schwedischen Handelsvertrag in der nächsten Woche erledigen zu können. Schwierigkeiten bilden nach der Einführungszeit für Pflastersteine und Gerste. Deutschland hat als Gegenleistung die zollfreie Einfuhr der schwedischen Pflastersteine zugesprochen, bekanntlich für Schweden ein wichtiger Ausfuhrartikel. Man erwägt nun den Gedanken, der deutschen Steinindustrie dadurch entgegenzukommen, daß man ihr auf der deutschen Reichsbahn Sonderlarife gewährt und zwar in der Höhe der Sätze, die 1911 galten. Beim Grenz Zoll wird man sich trotz der Landwirtschaftskammern wahrscheinlich für den differenziierten Zoll für Brau- und Futtergerste entscheiden. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, wonach die jetzigen niedrigen Vertragssätze über den 31. Juli hinaus noch 4 Monate in Kraft bleiben sollen. Wenn am 31. Juli keine andere Regelung getroffen sein sollte, treten die hohen autonomen Sätze in Kraft. Ob der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Weg betreten werden kann, steht noch nicht fest. Größere Möglichkeit hat eine andere Wahrscheinlichkeit: es ist geplant, den Schwedenvertrag (mit seinen höheren Sätzen wie die 3-Jr. geltenden Vertragssätze) mit einer Entschärfung anzunehmen, wonach für den Zoll, daß der deutsche Roggenpreis 2 Mark pro Zentner über den Weltmarktpreis hinausgeht, der zollpflichtige Ausschuss von der Ermäßigung des § 4 des Zollgesetzes Gebrauch machen kann.

Bisher ist wie die „Germania“ feststellt, auch hier kein bestimmtes Ergebnis erzielt worden. Wir hoffen aber auch hier auf Einigung.

Aus der Zentrumspartei

Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Die Zentrumspartei des Reichstags hat, wie die „Germania“ mitteilt, die Reuwalder Fraktionsvorsitzenden bis zum Herbst zu vertagen beschloßen. Bis dahin sollen die stellvertretenden Vorsitzenden Guérard und Siegmund die Leitung der Fraktion übernehmen. Der Zentrumsvizepräsident des „R.“ hat also, wie wir schon voraussetzten, wieder einmal falsch gehört.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Tschechei

Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Die Behauptung, die in der Presse ausgetaucht war, daß die deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen auf sich oben worden seien, entspricht nach unseren Informationen der Wahrheit. Die Verhandlungen ist, wie wir annehmen, darauf zurückzuführen, daß im tschechischen Parlament ein neuer Kollaborat einberufen worden ist (um den es in Prag bekanntlich um Strakenlampe kam). Dessen Grundtönen die tschechischen Unterhändler erst näher kennen lernen werden müssen. Sobald dies geschehen ist, werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Lezte Meldungen

Großfeuer und Explosion in Kalkfeuern — 4 Tote

Köln, 22. Juni. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr brach infolge einer Leertankexplosion in der Fabrik von Beer u. Söhne ein Großfeuer aus. Der explodierte Kessel wurde etwa 100 Meter weit über den Bahndamm geschleudert und zerbrach in telegraphischen und telephonischen Leitungen von Eisenbahn und Post. Der Brand griff rasend schnell um sich und hatte bald das ganze Fabrikgebäude erfaßt. Die Arbeiter eilten anfanglich äußerst schwach, da ständig neue Benzolgefäße explodierten und die Feuer wehten wegen der starken Hitze nicht dicht genug an den Brandherden heranlangen konnten. Da große Gefahr für Benzolgefäße mit 16 000 Kilogramm Benzol bestand, mußte der Personen- und Schnellzugverkehr über den in unmittelbarer Nähe der Unfallstelle gelegenen Bahnhof Kalkfeuern bis gegen 10 Uhr außer Betrieb gesetzt werden. Durch die erste Explosion hatten zwei Arbeiter, schwere Verletzungen erlitten, an deren Folgen sie noch in der Nacht starben. Ein Heizer, der in unmittelbarer Nähe des explodierten Leertankes stand, liegt noch unter den Trümmern. Mit seinem Tode ist ebenfalls bestimmt zu rechnen. Außerdem wurde noch ein weiterer Arbeiter schwer verletzt. Gegen 7 Uhr heute früh konnte die Gefahr als beseitigt gelten.

Notlandung eines Darmstädter Ballons

Darmstadt, 23. Juni. Nach einer Meldung aus Prag mußte der Ballon „Darmstadt“, in dem sich Prof. Eberhardt von der Technischen Hochschule Darmstadt als Führer und zwei Passagiere befanden, die im dem internationalen Freiballonsflug in München teilnahmen, etwa 80 km. von der deutschen Grenze entfernt bei Szeg in der Tschechoslowakei nach 14stündiger Fahrt notlandend, da infolge dichtem Nebels die Orientierung verloren ging. Während es dem einen Passagier gelang, eine Autostreifenkabinen zu erhalten, wurden Prof. Eberhardt und der Ballonmeister interniert und der Ballon beschlagnahmt. Es wurden sofort die notwendigen Schritte eingeleitet, um die Freilassung der beiden Internierten und die Freigabe des Ballons zu erwirken.

Stichtag und Kommunisten

Hirschberg, 23. Juni. Gestern kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einer Abteilung des Stichtages, die mit Hilfe durch die Stadt markierte, und Kommunisten. Der Zug wurde von einer großen Menschenmenge unter kommunistischer Führung angegriffen, mit Steinen beworfen und gesprengt. Die Kommunisten in der Überzahl waren, lachten die Stichtagisten im Rathaus Schutz. Es gab eine Anzahl Leichtverletzte.

In Szegon verfuhr die Kommando eine Kolle des roten Frontkämpferbundes, einen im hiesigen Gefängnis sitzenden Genossen zu befreien. Sie zog vor das Amtsgerichtsgelände und veranlaßte die Befreiung des wegen falschen Angriffs auf einen Polizeibeamten Inhaftierten. Die Polizei trieb die Menge mit Gummiknüppeln auseinander.

Der neue Bürgermeister von Lübeck

Lübeck, 23. Juni. Zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Dr. Neumann ernannte der Lübecker Senat gestern den sozialdemokratischen Senator Löwig. Zum stellvertretenden Senatsvorsitzenden wurde, so von bürgerlicher Seite aus den zweiten Posten verdrängt wurde, Senator Hoff, ebenfalls Sozialdemokrat, ernannt.

Tschechisch-deutsch-ungarische Ausgleichsverhandlungen. In Prag führen die tschechischen und deutschen Agrarier sowie die tschechischen und tschechischen Merkanten inoffizielle vertrauliche Verhandlungen über einen tschechisch-deutsch-ungarischen Ausgleich. Auch die Slowaken halten diesbezügliche Besprechungen ab. Die Verhandlungen verfolgen den Zweck, die Grundzüge für eine spätere Vereinigung dieser bürgerlichen Parteien zu schaffen. Es wird angenommen, daß die Besprechungen sich bis in den Sommer hineinziehen werden.

Der Schnellzug Paris-Belfort entgleist

Paris, 23. Juni. Der Schnellzug Paris-Belfort ist gestern nachmittags 4.15 Uhr in der Nähe von Jussy entgleist, nachdem er zuvor mit einem Lokstau zusammengefallen war. Die Lokomotive und der Tender sowie die ersten beiden Wagen wurden umgeworfen, doch sind keine Verletzte an Menschenleben zu beklagen.

Die Arbeitslosigkeit in England

Das englische Arbeitsministerium läßt mit, daß sich die Zahl der Arbeitslosen am 14. Juni um 1 629 900 betrafen habe, d. h. 90 781 mehr als in der Vormoode und 340 500 mehr als vor einem Jahre. Wie gemohnt, sind in diesen Ziffern nicht die stehenden Bergarbeiter einbezogen.

Wirtschaftliches und Soziales

Die Zahl der Erwerbslosen im Amtsbezirk Mannheim

Laut Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamts betrug am 15. Juni d. J. die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim, öffentlicher Arbeitsnachweis für den Amtsbezirk Mannheim, gemeldeten Erwerbslosen 22 048 (15 055 männliche, 6993 weibliche); davon entfielen 15 404 Erwerbslose (10 639 männliche, 4765 weibliche) auf den Stadtbezirk und 6644 (4416 männliche, 2228 weibliche) auf den Landbezirk. Da am 8. Juni die Zahl der Vollerwerbslosen auf 21 665 sich belief, ist eine Steigerung um 183 eingetreten; und zwar beläuft sich die Erhöhung bei den männlichen Erwerbslosen auf 59, bei den weiblichen Erwerbslosen auf 124. Die am 15. Juni gemeldeten Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen wie folgt: Facharbeiter in der Industrie (Metall-, Holz-, Textil- und Holzindustrie usw.) 5558, Facharbeiter im Bauwesen 271, Facharbeiter im Handwerk 1291, Arbeiter im Bergbau 1256, Hilfsarbeiter 6608, Gastwirtschafts- und Kaufleute 571, Angestellte im Handelsgewerbe und in technischen Betrieben 2727, sonstige Arbeiter 1134. Gegenüber dem 8. Juni ist in den Gruppen der Facharbeiter in der Industrie (Metall-, Holz-, Textil-, Holzindustrie usw.), der Arbeiter im Bergbau, sowie der Angestellten im Handelsgewerbe und in technischen Betrieben ein Rückgang festzustellen, während die übrigen Gruppen eine Erhöhung aufweisen.

Auf dem Arbeitsmarkt für Männer ist eine wesentliche Veränderung nicht zu verzeichnen; nur wurde beobachtet, daß infolge der ungünstigen Witterung größere Außenarbeiten eingestellt werden mußten, was ein Zurückfallen von Arbeitskräften zum Nachweis zur Folge hatte. Auf dem Arbeitsmarkt für Frauen nahmen die Entlassungen in der chemischen Industrie und im Bekleidungs-gewerbe ihren Fortgang. Auch im Gastwirtschafts-gewerbe machte sich ein Anwachsen der Erwerbslosigkeit bemerkbar. Im Landbezirk ist in verschiedenen Betrieben des Städte- und Landbezirks die Produktion im beschränkten Umfang aufgenommen worden. Ein Teil der früheren Arbeitskräfte hat dadurch wiederum Beschäftigungsmöglichkeit gefunden. In den kaufmännischen Betrieben war der Kräftebedarf infolge der beginnenden Reisetage sehr gering.

Städtische Nachrichten

Bürgerausschußvorlagen

Übernahme des Schlossgartens in städtische Unterhaltungsfürsorge

Stadtratsbeschl. vom 21. Januar und 8. Mai: Der Schlossgarten, die Anlagen im Schlosshof sowie die an der Bismarckstraße vor dem Schloss belagerten Grünflächen werden in Unterhaltungsfürsorge der Stadt, zunächst auf die Dauer von 30 Jahren, genommen. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung ersucht. Die Unterhaltung des Schlossgartens war fortgesetzt Gegenstand lebhafter Beschwerden der Einwohnerschaft. Diese richteten sich teils gegen die Stadtverwaltung, obwohl diese auf die Unterhaltung keinen Einfluß hatte. Um die Unterhaltung so durchzuführen, wie es den Wünschen der Stadt entspricht, schien es zweckmäßig, das gesamte Schlossgartengelände einstellt, die Anlagen vor dem Schloß in städtische Unterhaltungsfürsorge zu nehmen. Die eingeleiteten Verhandlungen ergaben die Bereitwilligkeit des bad. Finanzministeriums, dem Antrag der Stadt auf Übernahme der Unterhaltung nach Maßgabe des hierüber abzufassenden Vertrags zu entsprechen.

Mit der Übernahme erwirbt die Stadt das Recht, die Anlagen nach freiem Ermessen soweit auszugestalten und zu demütigen, als nicht besondere Einschränkungen vorgesehen sind. Diese beziehen sich auf: a) die Errichtung von festen Bauten, b) die Veränderung und Neuanlage von Parkwegen, c) die Befestigung von Bäumen, d) die Verlegung und Retenlage von Spielplätzen. In diesen Fällen ist die vorherige Zustimmung des bad. Domänenamts einzuholen. Zur Unterhaltung des Schlossgartens leistet das Domänenamt einen jährl. Beitrag in Höhe des Lohnes für einen oder mehrere Gärtner und 2 ungelernete Arbeiter nach dem jeweiligen Tarif für Staatsarbeiter mit etwa 9000 M. Außerdem erhält die Stadt einen jährlichen Zuschuß für Materialaufwand von 1500 M. Weiterhin fallen alle während der Vertragsdauer aus dem Schlossgarten und den Anlagen vor dem Schloßhof stehenden Einnahmen aus Verpachtung, Grasertrags, Vermietung von Spielplätzen usw. mit schätzungsweise jährlich 9000 M. der Stadt zu.

Der Vertrag ist bis zum 1. Januar 1945 un kündbar und läuft nach dieser Zeit fünfjährig weiter, falls er nicht im einjährigen Frist jeweils am 1. Januar des folgenden Jahres gekündigt wird.

Neubau einer Volksschule in Käfertal

Stadtratsbeschl. vom 9. Juni: Die Errichtung eines Volksschulgebäudes im Stadtteil Käfertal auf dem hiebigen Gelände zwischen der Straße auf dem Sand und der Baumstraße nach den Plänen des Hochbauamts wird genehmigt. Die vom Hochbauamt auf 1 000 000 M. veranschlagten Kosten zuzüglich der aus Lohn- und Materialpreiserhöhungen sich ergebenden Mehraufwendungen

sind aus Mitteln des Schulhausbaufonds zu bestreiten. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung ersucht. Die Volksschule in Käfertal hat im Jahr 1925-26 insgesamt 30 Volksschulklassen mit 1101 Schülern und 12 Kurse der Mädchenfortbildungsschule mit 278 Schülerinnen umfasst. Im laufenden Schuljahr sind in der Volksschulabteilung 1134 Schüler in 30 Klassen; in den 12 Kursen der Mädchenfortbildungsschule 274 Schülerinnen. Unter den 30 Volksschulklassen befinden sich 2 Spendklassen mit zusammen 50 Schülern und achtundzwanzig Hauptklassen mit zusammen 1085 Schülern. Förderklassen und Hilfsklassen sind in Käfertal nicht vorhanden. Die durchschnittliche Klassenstärke der Hauptklassen beträgt 1065 : 28 = 38. Es sind Klassen von 30 bis zu 52 Schülern vorhanden.

Die Käfertaler Volksschule reicht für die große Zahl von Schülern nicht mehr aus; ihre Ueberfüllung erschwert den Schulbetrieb außerordentlich. Dazu kommen noch eine Reihe gesundheitlicher Bedenken. Schon die starke Befüllung einzelner Klassen ist unerwünscht. In noch größerem Maß gilt dies von der überaus hohen Inanspruchnahme der Turnhalle, die doch gerade der gesunden, körperlichen Entwicklung dienen soll. Dazu kommt, daß der Schulhof für die große Schülerzahl viel zu klein ist. Die vielen Schüler veranlassen in den Pausen einen beachtlichen Staub, der von einer Erholung während der Pausen in freier Luft keine Rede sein kann. Die starke Staubentwicklung beeinträchtigt außerdem alle anliegenden Schulräume. Endlich ist auch die dauernde Verneimung einer großen Zahl von Klassen in Baracken gesundheitlich nicht einwandfrei. Zwei der Baracken stammen allerdings aus der Zeit vor dem Krieg. Sie sind häufig schon längst durchgearbeitet. Drei stammen aus der Kriegszeit; sie sind in weniger gutem Zustand. In allen Baracken wird geklagt über den schnellen Temperaturwechsel während der Heizperiode, die kalten Fußböden und die Zugluft infolge der Undichtigkeit der Fenster und der Wände und die große Hitze im Sommer.

Alle diese Umstände zusammengenommen, lassen den Neubau einer Volksschule in Käfertal zur Entlastung der bestehenden Anstalt als dringlich erscheinen; dies um so mehr, als sich Käfertal in einer rasch wachsenden Entwicklung befindet infolge des Ausbaues der Siedlungen in Käfertal-West (Reithofweg und Umarbung) und in Käfertal-Ost (Vollhof). Für Käfertal war bereits im Jahr 1912 der Neubau einer Volksschule in Aussicht genommen, für den dem Hochbauamt in den Jahren 1913-14 ein Vorentwurf bearbeitet worden ist. Für die Bedürfnisse der nächsten Zeit wird eine halbe Klassenstärke mit 20 reinen Klassenräumen und den dazu gehörigen Nebenräumen ausreichen. Von den 20 Klassenräumen können 8 für die voll angelegte Mädchenfortbildungsschule zur Verfügung gestellt werden, so daß für Zwecke der Volksschule noch 12 bleiben. Die Kosten des Baus sind veranschlagt auf 1 050 000 M., die aus Mitteln des Schulhausbaufonds gedeckt werden sollen.

Bürgerausschuß Mannheim. Die nächste Bürgerausschusssitzung, die am 30. Juni stattfinden sollte, wird bereits am Dienstag, den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr stattfinden. Ebenso werden an diesem Tage die ursprünglich für den 30. Juni in Aussicht genommenen Wahlen a) für die Prüfung der städtischen Rechnungen des Jahres 1924, b) für den Stiftungsrat des katholischen Bürgerhospitals vorgenommen.

Fest der Verfassungstages in den Schulen. An sämtliche Schulleitenden und Leiter der Schulanstalten hat der Unterrichtsminister folgenden Erlass gerichtet: In denjenigen Schulen, in welchen der Verfassungstag des Deutschen Reiches (1. August), der in Baden ein gebotener Festtag ist, in die Zeit der Ferien fällt, ist alljährlich am letzten Festtag vor den Ferien eine würdige Schulfestfeier abzuhalten, deren Ausgestaltung den Schulverhältnissen überlassen bleibt. Die Schüler haben an diesem Tage Schulfeier.

ch. Zunahme des Hochwassers. Der Wasserstand des Rheins ist hier vorgestern Nacht von 6,59 auf 6,77 Mtr. weiter angestiegen und hat damit weite Flächen im Waldpark überschwemmt. Beim Materialplatz an der Stephanienspromenade ist das Wasser weiter gegen die Fabriktrasse im Vorrieden. Einer der großen, durch Wasser aus Rheinflüssen herausgeschafften und hochausgetürmten Rheinhäufen ist ringsum von Wasser umflutet. Beim Birkenhübschen geht das Wasser bis an die Fabriktrasse; die Wasserfluten gehen von hier bis zu den überschwemmten Anlagen auf der westlichen Ludwigsbafener Seite. Der Bild von dem neuen Rheinflusse über die großen Wasserfluten ist grandios. Die Fabriktrasse nach dem Waldparkrestaurant strekt ist noch gut begehbar. Zu beiden Seiten ist jedoch Druckwasser. Die Arbeiten am Strand ab zu erweisen durch das langanhaltende Hochwasser eine erneute große Verzögerung. Jedemfalls dauert die Herstellung des Bades sehr noch geraume Zeit. Erwähnt sei, daß am Oberrhein der Wasserstand in vergangener Nacht ebenfalls angestiegen ist und zwar in Waldshut von 4,48 auf 4,68, in Hünningen von 3,00 auf 3,75 und in Marau von 7,18 auf 7,39. In Rehl ist das Wasser von 5,13 auf 4,65 Meter gestiegen. Der Wasserstand des Neckars bei Mannheim ist in vergangener Nacht um 11 cm höher geworden. Die Luftwärme betrug gestern nachmittags 26,1, in den Abendstunden 17,2, nachts 12,6 und heute früh 7 Uhr 15,4 Grad. Das warme und schöne Wetter hält weiter an.

Der Realschule in Waldshut. In „Aus meiner Jugendzeit“ und „Auf der Festung“ hat er ausführlich den Lebensweg bis dahin beschrieben, der ihn prädestinierte, dereinst ein dahlischer Professor und Staatsdiener zu werden. Da machte ihm seine politische Betätigung einen — vielleicht gar nicht unwillkommenen Stroh durch die Rechnung. Er erhielt Festungsbefehl und wurde 1889 aus dem Staatsdienst entlassen. Im Herbst des gleichen Jahres erfolgte aber schon seine Berufung als Pfarrer nach Hagenau am Bodensee, wo er bis zu seiner Ueberfiedelung nach Freiburg i. B. verblieb.

Hansjakob begann seine belletrische Schriftstellerei oder richtiger gesagt, sein Publizieren von Gelegenheiten und Gedächtnis mit den verschiedenen Bänden Reiseplauderei „In Frankreich“, „In Italien“ und „In den Niederlanden“. Schon in diesen Bänden läßt sich die ganz persönliche Note des in der Wortleitung noch etwas schwereren Alemannen erkennen. Als Erzähler erregt Hansjakob dann mit dem Band „Wilde Fische“ den ersten Erfolg, der sich ihm steigert, als zwei Jahre später, 1890, die beiden Bände „Dürrer Blätter“ vorliegen. Hansjakob streift sich aus seinem besten Ich heraus und so muß er ja zu seinem dahlischen Volk sprechen und darüber hinaus, zu seinem deutschen Volk. Dabei ist seine Erzählung und seine Art zu erzählen durchaus nicht die der landläufigen Dorfgeschichten Auerbachs oder Alm Krägers; bei ihm ist die Landschaft nicht kontextuell, aber sie ist doch da, wie etwa bei dem Altmeister fränkischer Heimatlicher Erzählung Hans Knittel. Bei Hansjakob steht nur der Mensch im Mittelpunkt und er wird nicht etwa mit einer Szenenanalyse festgehalten, sondern er wird fest angepaßt, auf beide Weine gestellt und dann schaut sein Erzähler einmal nach, wo etwas Besonderes an dem Areal zu finden ist. Und er findet es. So steigert sich der Porzess von Hagenau zu seinem ganz besonders glücklichen Band „Schneebälle“, der 1892 bis 1894 in drei Teilen erscheint und der sein Weiterwerk enthält, den „Soget um Rühlstein“. Hier kommt zu den erzählerischen Vorgängen Hansjakobs auch der traufre Kompositum. Es ist dies ein Edelstein im Schaffen dieses so durchaus volkstümlichen Erzählers. Von den kleineren Erzählungen ist als besonders charakteristisch für den Schriftsteller „Valentin, der Nagler“ aus dem Bande „Wilde Fische“ herauszugreifen, ein größeres Werk von besonderem Wurf ist dann die geschichtliche Erzählung „Der Leutnant von Hohl“. Von den späteren Sammlungen seien „Waldente“, „Erzählungen“ mit dem starken „Vogelzug“ und dem vielverbreiteten „Der Bur und der Söhle“, „Der heimliche Mann von Hohl“, „Meine Madonna“ und „Bauerhaus“ genannt. Neben dem „Erinnerungen einer alten Schwärzlerin“. Der den Menschen Hansjakob liebgewonnen hat, der greift ganz von selbst zu den ehrlichen, aufrechten Aufzeichnungen „Aus kranken Tagen“. So manches Werk wäre noch zu nennen, nur allem viele Bände Meißelarbeiten. In ihnen allen lebt von dem Menschen Hansjakob so leben — für die, die im Reitalter der Technik sich den Sinn der Beschaulichkeit vergangener Jahre zurück besinnen konnten.

Mannheimer Geschäftsblätter. Das soeben erschienene Heft 5/6 der vom Mannheimer Altersverein herausgegebenen Geschäftsblätter ist eine besonders reich ausgestattete Doppelnummer. Die ist der Einweihung des Schlossmuseums gewidmet und enthält einen ausführlichen Bericht über die Eröffnungsfeierlichkeiten mit den dabei gehaltenen Reden. Bilder des Schlosses und der Schlossgründers Carl Philipp sowie Ansichten von den wichtigsten Räumen des Museums schmücken dieses Heft. Von dem weiteren Inhalt seien hervorgehoben ein Aufsatz von Geheimrat Kaatz über den auf der hiesigen Sternwarte von 1798-1816 tätigen Astronom Roger Barry und der Schluß des Aufsatzes von Josef Kinkel über das Mannheimer Theater aus den von ihm verfaßten „Erinnerungen eines alten Mannheimers“.

Abfälligkeit einer elektrischen BCG-Maschine. Wie entnehmen dem „Beilheimer Tageblatt“: Vorher Tage fand eine Probefahrt einer neuen elektrischen Lokomotive C 5 1 der Firma Brown, Boveri Mannheim zwischen München und Rittenwald statt. Die Lokomotive fährt 110 km. in der Stunde. Sie fährt in 80 Minuten nach Garmisch, in 100 Minuten von München nach Rittenwald. Die neue Maschine zieht 247 Tonnen und hat 12 Räder mit großem Durchmesser.

Gefährdung von Eisenbahnsportarten. Ruedings sind wieder der Reichsbahndirektion mehrfach gemeldet worden, in denen nach fahrenden Zügen und auf Signalzeichen mit Steine geworfen worden ist. Insbesondere sind solche Beobachtungen bei der Rheintalbahn zwischen Kastell-Karlsruhe-Schwetzingen-Mannheim gemacht worden. Der Unterrichtsminister hat die Lehrer und Lehrerinnen ersucht, in eindringlicher Weise die Schulljugend auf das Verwerfliche einer solchen Handlungsgemeinschaft und auf die strafrechtlichen Folgen aufmerksam zu machen.

Veranstaltungen

Theaternachricht. In der heutigen Aufführung von „Don Giovanni“ singt Rose Pouly-Deesden die Partie der „Donna Anna“, Anne Geier die „Donna Elvira“. — Smetanens komische Oper „Die verkaufte Braut“ erscheint am Samstag in neuer Inszenierung im Spielplan. Bühnenbilder und Kostüme nach Entwürfen von Heinz Greis. — In der Sonntags-Aufführung von „Tannhäuser“ wird Alfred Färber von seinem Schicksal von Mannheim zum letztenmal in öffentlicher Vorstellung in einer großen Wagnerspartie auftreten.

Film-Rundschau

K. Althamben-Lichtspiele. Die Entomiker der Kimmerröhre, Bat und Balaban, verkommen zur Zeit ihre zahlreichen Freunde zu ihrer jüngerer Schöpfung: „Bat und Balaban als Schwieger-söhne“. Von der hohen See, auf der wir sie zuletzt verließen, haben sich die Beiden wieder an Land begeben, um hier ihr abenteuerliches Abenteuer in neue Situationen zu führen. Wie stets, bedeutet auch diesmal wieder eine Begegnung mit dem Komikerpaar einen Ausflug in reizvolle Orte und Begebenheiten, und so begleiten wir die beiden ungleichen Größen zunächst nach der schönen Dänemarkstadt Wien, die sie in der neuen Eigenheit als Omnibus-Schaffner und Chauffeur unglücklich machen. Die bewundernde Komik der Beiden, insbesondere die mimische Originalität Balabans, fesselt hier wieder Triumphe, und man verfolgt ihren Aufbau und Abbau bei der Omnibusgesellschaft mit dem gleichen Verlangen. Mittlerweile haben sie zwei Räder fesseln gelernt, durch die sie in eine aristokratische Vermählungsmaschine verwickelt werden; diese führt sie an den zweiten Ort der Handlung, nach St. Moritz, dessen Bera- und Talwelt sich in ihrer gnanen Schönheit vor den Augen des Zuschauers ausbreitet. Der Art entsprechend, in der die Beiden sich jede Situation für ihre mimischen Scherze aneignen, verfolgen wir sie durch die Schneewelt bis in eine elegante Villa, in der sie ihre Rolle als vermählte Schwiegerkinder zu Ende spielen. Bei all dem entzückt wieder die Herzlichkeit ihrer Komik, die schaulustigsten Durchdringung aller Einzelheiten, an denen auch dieser Film besonders reich ist. Auch wer mit den hauptmännlichen Bat- und Balaban-Motiven vertraut ist — und wer wäre das nicht? — wird ihnen hier wieder neue Seiten abgewinnen. — Das Programm enthält u. a. eine Wodenschau, aus der noch als besondere Sehenwürdigkeit Bilder aus dem Rorboof-Flug hervorgehoben seien.

R.D.V. auf Bahnsteigen nicht musizieren! Immer wieder kann man beobachten, daß Ausflugsvereine, Wandervereine usw. auf den Bahnsteigen vor Abfahrt des Zuges musizieren, nicht als ob sie hier in einer Bahnhofshalle wären, sondern mitten im Grünen unter freiem Himmel. Durch diesen Lärm kann der Eisenbahnbetrieb leicht störung beunruhigt werden. Wichtige Signale können überhört und das reisende Publikum selbst kann durch Ablenkung der Aufmerksamkeit gefährdet werden. Die Reichsbahnverwaltung bittet daher die Gesellschaften und Vereine dringend, auf den Bahnsteigen nicht zu musizieren. Es wird darauf hingewiesen, daß Verursachung starken Lärms nach den Bestimmungen der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung verboten und strafbar ist.

Kunst und Wissenschaft

Neumayergebirgsfeier in Neustadt. Der 100. Wiederkehr des Geburtstages Georg von Neumayers, des großen Pfälzer Gelehrten u. Gründers der deutschen Seemarie Hamburg, wurde in einer eindrucksvollen Feier gedacht. Auf Einladung des pfälzischen Vereins für Naturkunde Pollschia, der pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und der Stadtverwaltung Neustadt a. S., hatte sich aus allen Gesellschaftskreisen der Pfalz und der Stadt Neustadt selbst ein großer Kreis von Damen und Herren gefunden, um das Lebensbild des großen Pfälzer Gelehrten in großen Zügen an sich vorüberziehen zu lassen. Aus einem Haufen von Blumen und Wappsteinen grüßte die Bülbe des Jubilars, Haydn Largo (Quartett Nr. 8), begleitet von Musikfreunden der Neustädter Gesellschaft, leitete die Feier ein. Dem folgte ein poetischer Welschspruch Bürgermeisters Dr. Fortshabers besondere Gruß galt den Mitglieder der Familie des Gelehrten. Die Stadt Neustadt habe es sich nicht nehmen lassen, das Großmal Neumayers in würdiger Weise zu schmücken. Auch die deutsche Seemarie habe einen prächtigen Kranz niederlegen lassen. Es sei das Bestreben der Stadt, die Neumayerfesttage, die durch die Inflation zusammengefallen seien, bei geeigneter Zeit wieder aufzufrischen. Die weitere Mitteilung des Bürgermeisters, daß am Wohnhaus Neumayers eine Gedenktafel angebracht würde, wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Neumayer lebe in allen Herzen fort, aber nicht nur als Meister der Wissenschaften, sondern auch als Mensch von lebenswürdigen praktischen Eigenschaften. Seine vortliche Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft habe ihn besonders populär gemacht. Neumayer und ein weiterer berühmter Sohn Neustadts Heinrich Hitten den Weg in die Praxis gefunden. Neumayer habe den Weg zur See, Heinrich den Weg aus dem Feld gemessen. Hierauf sprach der Vorsitzende der Pollschia, Oberregierungsrat Dr. Pöwertel. Für die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften sprach deren stellvertretender Vorsitzender Direktor Dr. Kelmüller-Speyer. Der Redner gab in Kürze eine kleine Anleihe der wissenschaftlichen Wertung Neumayers, feierte ihn als Arbeiter und großen Organisator und wies auf das bedeutende Werk Neumayers „Auf zum Südpol“ hin, das sein ganzes wissenschaftliches Lebenswerk enthalte. Durch die ehrenvolle Erwählung hiesiger König Max II. sei es Neumayer auch möglich gewesen, die Erforschung Australiens durchzuführen. Als voraustrischer Deutscher habe er schon in frühester Zeit erkannt, daß die Weltebung Deutschlands nur durch die Seemarine zu erreichen sei. Inmitten großer Beifälle sei er Pfälzer von dem Schicksal bis zur See abgeblieben. Seine Liebe zur Heimat werde man ihm nie verzeihen. Als Vertreter der Familie Neumayer ersuchte um Schluß des Jubilars Neumayer das Wort, was in einer herrlichen Rede für alle Neustädter im Jahre 1894, die den Dank aussprechen. Mit mir wird es aber, Neumayer hat die einflussvolle Feier zu Ende erreicht.

Es wird nie und nimmer eine Menschenwelt geben ohne leidende immaterielle Wesen.

Berthold Auerbach

Heinrich Hansjakob

Zu seinem 10. Todestag am 23. Juni

Von Heinz Berger

Dem Vater Heinrich Hansjakob zu Basel, der seinen babilischen Landsitz im Ringtalle, wurde am 19. August 1837 ein Sohn geboren, der — gleichen Namens wie der Vater — auch als reifer Mann noch als der „Bäckerbub von Hohl“ bekannt war. Dieser Bäckerbub war der Freiburger Stadtsparrer Heinrich Hansjakob, durch dessen Tod am 23. Juni 1916 Baden eines seiner unwürdigsten Erzähler und Charakteristen verlor. In Hansjakob trug man einen Mann zu Grande, der aus dem fruchtigen, höchsten Landvolk herausgewachsen war, der seine Schwärzlerdichter und ihren kleinen Nebenheiten sorgsam nachging und nachahmte, der — ein wenig zerkleinert — das eigene Ich nicht unter den Scherfeln stellte und vor allem feinst von denen war, die jedes Wort erst zehnmal im Munde herumdrücken. Was Heinrich Hansjakob sagte, das sprach er auch ganz unerschrocken aus, das schrieb er auch nieder — und dann erit recht, wenn er wollte, daß er damit gegen den Einzel löste. Bei ihm gab es kein Verbergen und Zwingen in den Einzelheiten, er war ein Kämpfer, der auch Festungsmauern nicht scheute; in Glaubensfragen war Hansjakob durchaus tolerant; ganz gewöhnlich er war zuerst und so allererst Priester der römisch-katholischen Kirche, Seelsorger seiner Gemeinde, Erzähler seiner Pfarrkinder, aber er ließ sich nie zum Kampf gegen Luther und Zwingli heranziehen, so sehr er gegen Sektiererei im Katholizismus mit Wort und Schrift zu Felde zog.

Neben dem Pfarrertum steht aber ebenso mächtig und ebenso kraftvoll wirkend der bauerntölpeliche Mann des Volkes, in diesem ein Lurelloch, dickhäutig und sogar rapsodisch. Aber offen sind Mund und Herz und gelöst ist die Zunge, die in einem Erzählen das oftmals tagbuchartig ein „Schiefherzergählen“ ist. Stellung nimmt zu Fragen und Wöten des Tages.

Hansjakob ist ein freier, nur etwas bräuer, stiller, aber kein Mann derer und mitreißender. Er ist eben Erzähler oder kritischer Beobachter. Seine Predigtwerke und sonstigen nicht wenigen religiösen Schriften nehmen natürlich einen besonderen Platz ein, ebenso wie die weniger zahlreichen historischen Untersuchungen, die er nach seiner Promotion in Tübingen im Jahre 1864 publizierte. 1866 hatte er noch den Studienjahre in Mainz und Freiburg die Meisterwerke empfunden und das philosophische Staatsexamen bestanden. Am folgenden Jahre wurde er Lehrer am Gymnasium in Donaueschingen und 1868 kam seine Ernennung zum Vorsteher

Zurückführung Badens in der Elektrifizierung von Reichsbahnlinien

In einer Entschließung des Reichstages wurde die Reichsregierung ersucht, der

Elektrifizierung der Eisenbahnen in Baden

eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und zu erwägen, daß die Schweiz in großem Umfange ihre Bahnen elektrifizierte und daß Baden als einziges deutsches Land einen direkten Verkehr mit der Schweiz unterließe.

Die Reichsregierung hat auf diese Entschließung geantwortet, daß für die Elektrifizierung der Reichsbahn-Strecken in Süddeutschland und der Deutschen Reichsbahn stets größtmögliche Sorge getragen worden ist.

Mit gleicher Mühseligkeit wie in Bayern wird zu gegebener Zeit bei der Elektrifizierung der badischen Strecken, deren Bedeutung die Deutsche Reichsbahngesellschaft keinesfalls verkümmert, wenn für diesen Bereich die Frage der Energieerzeugung gelöst und die Frage der Geldbeschaffung geklärt sein wird.

Mit gleicher Mühseligkeit wie in Bayern wird zu gegebener Zeit bei der Elektrifizierung der badischen Strecken, deren Bedeutung die Deutsche Reichsbahngesellschaft keinesfalls verkümmert, wenn für diesen Bereich die Frage der Energieerzeugung gelöst und die Frage der Geldbeschaffung geklärt sein wird.

Württemberg nach Baden

hinein. Für die Elektrifizierung dieser Strecke spricht nicht zuletzt das Bestehen, durch eine gute Verkehrsverbindung zwischen Oesterreich und Frankreich den Wettbewerb mit der elektrifizierten Kriegerbahn zu halten.

In der Antwort auf eine weitere Entschließung des Reichstages, in der gewünscht wurde, im Interesse der Wirtschaftlichkeit und Schnelligkeit die Elektrifizierung der bergigen Strecken Singen—Stuttgart—Oberkochen—Württemberg und Ulm—Stuttgart, Bruchsal und Horbheim—Korrbach nachdrücklich zu betreiben, antwortete die Reichsregierung, daß auch die Strecke Singen—Stuttgart—Oberkochen—Württemberg bei der eingehenden Untersuchung über die Wirtschaftlichkeit der Elektrifizierung württembergischer Linien einbezogen werde.

Aus beiden Antworten der Reichsregierung geht deutlich hervor, daß bei dem Bauprogramm der Reichsbahn Baden außerordentlich berücksichtigt wurde. Es wird Aufgabe der maßgebenden Stelle sein, mit aller Energie gegen die Zurückführung Stellung zu nehmen.

Betrachtungen über den 10. Internationalen Frauenstimmrechtskongress in Paris

Von Elisabeth Blaustein, Mannheim

II.

Es ist ein hartes Stück Arbeit geleistet worden. Von den Teilnehmern wird volle Hingabe erwartet. Als einzige Vertreterin Badens fühlt man sich verpflichtet, allen Sitzungen beizuwohnen.

Prager Musikbrief

Von Dr. Paul Reiff

Die deutsche Prager Oper hat sich bisher noch immer nicht zu einer wirklichen Lat aufraffen können. Die künstlerische Leistung ist leider, wie häufig, auch hier durch wirtschaftliche und andere äußerliche Faktoren stark gehemmt.

Besser ist es mit dem Konzert bestellt. Die Berliner Philharmoniker, mit Jurmängler an der Spitze, versehen das Prager Publikum in Etsche. In den eigenen philharmonischen Konzerten brachte Zemlinsky eine Reihe alterer und neuerer Werke, von denen ich nur Honeggers „Poésie“ und Ernest Blochs aus dem Geiste der Synagogemusik geborene Cellovariationen „Schemo“ erwähne.

Der Prager Literarisch-künstlerische Verein sucht sich in der letzten Zeit sehr für die „Moderne“ einzusetzen. Dierckx Schmidts „Sant Antonsfahrt“ wurde mit einer paratonalen Aufführung im Prager Erich Wachtel aufgeführt, die eine eigenartige Mischung archaischer und übermoderner Dichtung ist.

den soll: Arbeiten verschiedener Kommissionen, die beim letzten Stimmrechtskongress vor drei Jahren in Rom (1920 in Genf) zur Aufgabe gestellt waren.

Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau

Die Kommission schlägt folgende Entschließungen vor: 1. Neus Gesetz und Bestrebungen von 1918 bis 1926. Der Kongress des Weltbundes für Frauenstimmrecht stellt mit Befriedigung fest, daß Argentinien, Brasilien, Chile, Dominica, Uruguay und Ecuador der verheirateten Frau das Recht auf eine eigene Staatsangehörigkeit zugestanden haben, und daß neuerdings Bestrebungen im Gange sind, der Frau wie dem Manne grundsätzlich das Recht zu geben, ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten oder zu wechseln.

Rußland hat 1918 der Russin, die einen Ausländer heiratet und die Ausländerin, die einen Russen heiratet, das Recht zurkannt, ihre eigene Staatsangehörigkeit zu behalten und außerdem der verheirateten Frau das eigene Recht auf Naturalisation zugestimmt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben im September 1922 der verheirateten Frau dieselben Rechte zugestimmt. Belgien hat am 15. Mai 1922 der Belgierin, die einen Ausländer heiratet, das Recht zurkannt, durch eine Erklärung oder einen Antrag im Ehevertrag ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten. Schweden hat 1924 die Schwedin, die einen Ausländer heiratet, das Recht zurkannt, so lange Schwedin zu bleiben, als sie sich nicht im Heimatstaat ihres Mannes niederläßt. Norwegen hat 1924, Dänemark 1925 und Island 1926 der Frau, die einen Ausländer heiratet, das Recht gegeben, ihre eigene Staatsangehörigkeit so lange zu behalten, als sie in ihrer Heimat bleibt.

Die Kongresssprachen sind englisch und französisch. Auf besonderen Wunsch, es wird immer von der lebenswürdigen Präsidentin Mrs. Corbett Höpfer darnach gesorgt, wird das Vortragsprogramm dem besten Maße deutsch zu Gehör gebracht.

Im Bereiche der sehr anregenden Aussprache fallen immer neue interessante Gestalten besonderer Eigenart auf. Ungemindert bleibt das Interesse der Kongreßteilnehmerinnen trotz der langen Vormittags- und Nachmittagsstunden mit oft nur einstündiger Mittagspause. Auch die großen Abendveranstaltungen, die meist auch im Amphitheater der Sorbonne stattfinden und fast von der Teilnahme der Delegationen beherrscht sind, werden aufgeführt. Dem Eröffnungstage des Sonntag folgte am Montag eine große öffentliche Versammlung, die die Größe der Frauen aller Länder brachte, angehen mit großen breiten Scharen in den Farben ihres Landes. Vertreterinnen aller Nationen. Am Mittwoch war große öffentliche Versammlung, eine Demonstration der Frauen gegen den Code Napoleon, unter Vorsitz von Madame Grinberg, avocate à la Cour d'Appel de Paris.

Zu dem Bielertel der Arbeit kamen allabendlich Einladungen und Empfänge. Ein großer Empfang im Hotel Voiletta der Vorlesenden Mrs. Corbett Höpfer, wo herrliche Gelänge geboten wurden. Besonders hervorzuheben sei der feierliche Empfang im Rathaus, wo M. Gollmann, der Präsident von Paris, die Frauen herzlichst empfing. Ein Konzert des republikanischen Orchesters leitete die Feierlichkeit ein. Ein Rundgang durch die herrlichen Säle und Galerien wurde beendet durch Einladung zu einem fasten Buffet in zwei mit wunderbaren Rosen geschmückten Sälen.

Auch sonst wird in Prag viel für „letzte“ Kunst getan. Der bereits erwähnte Verein legte sich in einem eigenen Prager Abend für Kommerzienrat von Krassa, Wachtel, Ullmann, Arman, Dag Brod (der bekannte Romaner) u. Schudhoff ein. Leider wird uns auch von dieser Seite nicht das Heil erwachsen. Das Zeitalter der großen Kunst kam uns weder Grottesco, noch Jazz oder expressionistische Miniatur ersuchen, auch wenn der Jahrbucherte alle, hochgedachte Dom der Polyphonie u. Tonalität durch Schönbergs Klangkombinationen und Verwundungen im 12-Ton-System ersetzt werden sollte.

Schließlich nenne ich mit Augen die Spitzenleistungen der deutschen Musikakademie, die ganz vorzügliche Aufführungen veranstaltet, welche weit über den Rahmen von Schüleraufführungen hinausgehen. Erwähnenswert eine Aufführung der Schubertischen A-Dur-Messe unter dem begabten jungen Otto Lustig, der bei diesem Konzert auch die ausgezeichnete Pianistin Gertrud Hutter zu dem Bach-Busoni-Konzert in d-moll begleitete.

Theater und Musik

Die Wiesner Operenspiele im Rosengarten Mannheim begannen am 1. Juli ihre Vorstellungen. Direktor Emil Reiter wird in erster Linie die moderne große Operette pflegen. Als Eröffnungsvorstellung geht „Das Weib im Sarpur“ erstmalig in Szene.

Dem Wintertheater des Mannheimer Apollotheaters. Mit Ernst Köpfer hat Direktor Jachorius einen Vertrag für eine Reihe von Gesspielen abgeschlossen. Der Künstler wird vornehmlich in klassischen Werken auftreten. „Der Garten Eden“, Lustspiel von Dellerreider u. Bernauer wurde zur Aufführung angenommen. Das Werk wird hier zu Beginn der Winterpielzeit in der Berliner Premierenaufführung mit Fritz v. Zheimann und Leo Grünig in den Hauptrollen herausgebracht.

Dem Landesbühnen Karlsruher. Hugo Höder, eines der beliebtesten und tüchtigsten Mitspieler des Bad. Landesbühnen, leitete sein vierzigjähriges Bühnenjubiläum als Dr. Crusius in der „Gefühlshaus“. Hugo Höder, Sohn des bekannten und feinerzeit sehr geschätzten Schauspielers Döber, Bruder des Romanisten

Aus dem Lande

Wieder ein schweres Unwetter über Freiburg

Freiburg i. B., 22. Juni. Von einem fürchterlichen, seit langem Jahren nicht mehr erlebten Unwetter wurde heute nachmittags gegen 2 Uhr und 1/2 Uhr die Stadt Freiburg und Umgebung heimgesucht. Nach den schwülen Stunden des Vormittags entlud sich plötzlich um diese Zeit ein Gemitter mit Wolkenschlag und Hagelschlag. Die Hagelkörner hatten die Größe von Haselnüssen und hatten einen Durchmesser bis zu 3 Zim. In kurzer Zeit waren ganze Straßenzüge unter Wasser gesetzt, das auch in Höhe und Keller eindrang, so daß die Feuerwehre an verschiedenen Stellen rettend eingreifen mußte. Durch den Hagelschlag wurden im Stadtgebiet zahlreiche Fenster Scheiben zertrümmert und, besonders in den Vorstädten, in Gärten und Anlagen großer Schaden angerichtet. Der Verkehr, besonders in der Südstadt, war durch überflutete Straßen und entwurzelte Bäume stellenweise behindert. Die Straßenbahn mußte umgeleitet werden. Durch Blitzschlag wurden einige Lichtleitungen zerstört.

Heddesheim, 22. Juni. Beim Volksfest am vorgestrigen Sonntag haben von den 284 Hochbetagten 1948 abgestimmt und zwar 107 mit „Ja“ und 87 mit „Nein“; 10 Jodel waren unglücklich. Die hiesige Schuljugend macht heute einen großen Ausflug an den Riederwald. Wegen beim ersten Morgengrauen gegen die Scharen, begleitet von ihren Lehrern und meist auch den Eltern, unter den Klängen der Feuerwehrkapelle am Kleinbahnhof auf. Um 4.30 Uhr entfuhr ein Zug mit der Teilnehmer (etwas über 400) der Stadt Mannheim und dem Rhein zu, auf welchem die Teilnehmer hin und nach einigen Stunden Ausfahrt — auch zurück per Dampfer bemerkt wird, so daß die Ausflügler am heutigen Spätnachmittag wieder zurückgekehrt werden können.

Sulzfeld bei Bretten, 22. Juni. Der 19 Jahre alte Schreiner Wilhelm Schumacher von Reudern (Wbg.) erlitt heute plötzlich auf seiner Fahrt zur Arbeit. Nachdem er sofort in das Krankenhaus nach Brackenheim gebracht wurde, starb der Unglückliche in kurzer Zeit. Was den Fall besonders rätselhaft erscheinen läßt, ist der Umstand, daß erst vor kurzer Zeit sein 16jähriger Bruder unter denselben Erscheinungen gestorben ist. Obenjo liegt eine Schwerkraft so schwer darüber, daß an ihrem Vorkommen gezweifelt wird. Bei der Obduktion der Leiche konnte die Vermutung, daß es sich um eine Vergiftung handele, nicht bestätigt werden, so daß man vor einem Rätsel steht.

Stillingen, 22. Juni. Gestern nachmittags verunglückte ein in Reilingen wohnhafter Radfahrer am Ausgang des Hardbaches bei der Schornstein. Der Radfahrer blieb mit seinem Rind, das er auf dem Rade mit sich führte, benutzlos liegen. Ein des Weges kommender Motorradfahrer sorgte für ärztliche Hilfe.

Phillipsburg, 22. Juni. Stürzlich veranfaßte Phillipsburg seinen Heimatort 1928. Die Veranstaltungen waren hinsichtlich auf den Heimatgedanken eingeleitet. Besonders an die Jugend wurde der Appell gerichtet: „Werdet Heimatstöhne und ihr werdet stark sein.“

Kastell, 22. Juni. Hier wurden der 20 Jahre alte Schuhmacher Heinrich Brockmann und der 21 Jahre alte Schlosser Josef Engelhard, die in der Nacht auf Sonntag in geradezu verblüffender Weise die südlichen Anlagen zerstört hatten, festgenommen. Der Stadt ermächtigt dadurch ein Schaden von über 2000 Mk.

Baden-Baden, 22. Juni. Am 22. Juni traf der plattdeutsche Volkstheaterverein Kewgort, der gegenwärtig unter Führung des Reichsbüros des Norddeutschen Lloyd Bremen auf einer Europareise begriffen ist, in Baden-Baden ein. Der Kewgorter Verein ist am 16. Mai mit dem Wooddampfer München im Bremerhafen gelandet und hat bisher die Städte Berlin, Dresden, Bamberg, Würzburg, Jena, Braunschweig, Kassel, Regensburg, München, Garmisch, Interlaken und Lugern besucht. Am 22. Juni erfolgte die Weiterreise über Karlsruhe, Frankfurt, Köln, Paris, Brüssel nach Bremen, wo sich die Volkstheatergesellschaft am 1. Juli auflöst.

Konstanz, 22. Juni. Auf der Westseite des Totes, in dem das Dorf Rizenhausen (Amt Stodach) liegt, sind am Sonntag als Folge der großen Niederschläge der letzten Wochen umsonstige Erdmassen ins Rutschen gekommen, die sich langsam zu Tal verschoben. Drei Gebäude, die rechtzeitig geräumt werden konnten, sind verschüttet.

Bei meiner Verpackung

und einfachen Zubereitung ist es kein Kunststück, mich auf Wanderungen mitzunehmen und ein gutes, warmes Essen herzustellen. Ich habe im beschiedenen Winkel des Rucksackes Platz.

Knorr Erbswurst und andere Suppen in Wurstform.

Stellers Paul Dalar wirkt seit 1890 ununterbrochen am Hof- und Landesbühnen und hat es erreicht, neben Fritz Herz hervorragende Schule wie Wirkung des Theaters zu werden. Wie es die Jahre später mit sich brachten wie es seine vielseitige Begabung ermöglichte, hat Höder die Wandlung vom jugendlichen Helden zum Bonosant jugendlichen Alters über die verschiedensten Stadien einer reichen Entwicklung mit Erfolg durchgeführt. Charakterrollen menschlicher Schwächen und Eigenheiten, wie der „eingelichtete Kante“, gehören noch zu seinen Klängen, wie der „hohle Schal u. A. A. A.“, der Klosterbruder im „Nathan“, Holmar Edal in der „Widende“, Weichsel im „Hörwitz“, sie zeigen immer aufs neue wieder die erste Seite dieses Künstlers der Bühne am ergreifendsten; man schwankt oft, soll man seiner leichten oder seiner schweren Kunst den Vorzug geben. Seine Jubiläumsvorstellung bewies, wie sehr Höder mit dem Karlsruher Theater vermachelt ist.

Das Landesbühnen für Pfalz und Saargebiet vertriebt sich in diesem Sommer einen Plan, der die Intendanz schon lange beschäftigt. In Bad Münstereifel am Stein am Hofe des Hohenlohestein ist eine Freilichtbühne geschaffen worden. Jetzt kommen die Trifels- und Limburgspiele. Die Stadt- und Kurverwaltung des Pfälz. Landesbühnen haben nach eingehenden Verhandlungen das Pfälz. Landesbühnen für die künstlerische Durchführung der Limburgspiele verpflichtet, die mit Friedrich Lienhards „Wieland der Schmied“ eröffnung werden. Einige Wochen später folgt auf der Limburg, „Scherzmann“ von Hugo v. Hofmannsthal. Anlässlich dieser Freilichtbühnen in der Pfalz regt der Leiter der Pfälzischen Verbandes für Freilichtbühnenbildung, der der Träger des Pfälzischen Landesbühnenvereins ist, Theaterdirektor Hartmann an, daß die pfälzischen Heimatbühnen künstlerische Heimatspiele schreiben. Er erinnert daran, daß in allen Gegenden Deutschlands seit einigen Jahren solche Heimatspiele, deren Stoff aus der geschichtlichen Vergangenheit des betreffenden Landes entnommen ist, aufgeführt werden. Dieser Gedanke, pfälzische Heimatspiele zu schreiben, dürfte auf fruchtbarsten Boden fallen. In jeder Heimatstadt, der dramatische Bearbeitung erheischt, in der pfälzischen Geschichte liegt.

Beethoven's „Kenta“ mit 1500 Mitspielern. Eine monumentalauflage der 9. Sinfonie von Beethoven, die am 23. Juni in der großen Ausstellungshalle auf der Dreifelderhöhe in Mannheim veranstaltet geht, vereinigt eine Menge von Musikern, wie sie bei diesen Werken selten aufzutreten wird. Mehr denn gekannt Dr. Müller der bayrischen Staatsbühnen wird ein Klavier von über 1000 Sängern unter dem Stabe des Generalmusikdirektors Prof. Hans Knappertsbusch mit. Die Sinfonien sind unter Beethoven's 9. Sinfonie, Carl Maria von Weber, Felix Mendelssohn, Franz Liszt und 1800 Mitspielern an der Aufführung des Werkes beteiligt.

Neue Mannheimer Zeitung - Handelsblatt

Wirtschaftspolitik und öffentliche Finanzen

Aufgabe und Arbeitsplan des Enquete-Kommissionen

Das erweiterte Präsidium des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Arbeitsbedingungen der deutschen Wirtschaft trat zu einer Sitzung zusammen, um die in der letzten Vollversammlung erörterten Aufgaben und Arbeitsgebiete des Enquete-Kommissionen zu beraten. Einstimmig wurde als Aufgabe des Enquete-Kommissionen beschlossen:

- a) durch Tatsachenuntersuchung, die seit der Vorkriegszeit eingetretenen wesentlichen Struktur-Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft klarzustellen,
 - b) soweit bei grundlegenden Faktoren der deutschen Volkswirtschaft solche Veränderungen eingetreten sind, auf dem gleichen Wege den tatsächlichen Zustand auch dieser Faktoren zu ermitteln,
 - c) auf dem Gebiete der Arbeitsleistung die im Gesetz vom 15. April 1926 gestellte Aufgabe zu lösen.
- Zweck dieser Untersuchungen ist eine Prüfung der Gesamtlage der deutschen Volkswirtschaft in ihren wesentlichen Faktoren. Der in der Sitzung vom 7. Juni aufgestellte vorläufige Arbeitsplan umreißt die Arbeitsgebiete, auf denen sich die vorbezeichneten Untersuchungen zu vollziehen haben, und ermöglicht die Schätzung bereits vorhandenen Materials. Die Unter-Ausschüsse haben ihren besonderen Arbeitsplan nach der Gesamtaufgabe der Enquete zu orientieren. In der Wahl ihrer Arbeitsmethode sind sie innerhalb dieses Rahmens frei. Aufgabe des Präsidiums ist es, im Benehmen mit den Vorständen der Unter-Ausschüsse für die einheitliche Zielrichtung der gesamten Arbeiten Sorge zu tragen.

Weitere Verschlechterung des Außenhandels im Mai

Rückgang der Umsatze von 56 auf 27 Millionen

Die Umsatze der deutschen Handelsbilanz zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat eine weitere Abwärtsentwicklung. Der Ausfuhrüberschuss im Mai beträgt insgesamt 23 Mill. M., im letzten Warenmonat 27 gegenüber 56 Mill. M. im April und 278 Mill. M. im März. Die reine Wareneinfuhr im Mai zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abwärtsentwicklung um 20 Mill. M., während die Einfuhr an Lebensmitteln um 14,6 Mill. M. zugenommen hat, meist die Einfuhr an Rohstoffen eine Abnahme um 32,5 Mill. M. auf. Ebenso ist die Fertigwareneinfuhr im Mai zurückgegangen (um 2,8 Mill. M.). Die reine Wareneinfuhr zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 47,7 Mill. M. Die Fertigwareneinfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 49,1 Mill. M. zurückgegangen. Die Einfuhr an Lebensmitteln zeigt eine Abnahme um 2,8 Mill. M., die Ausfuhr an Rohstoffen eine Zunahme um 2,2 Mill. M.

Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G. in Karlsruhe

Zunahme des Güter- und Personenverkehrs

Wenn auch die Gesamteinnahmen der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Bahnen höher waren als im Vorjahr (2,425 gegen 2,008 Mill. M.), so werden im Geschäftsbericht die Ergebnisse des Jahres 1925 doch als ähnlich ungünstig wie die des Vorjahres bezeichnet. Der Güterverkehr wird auf den Strecken Wiesloch-Baldersheim, Bruchsal-Königsbach und Böhmlinghauser als recht beträchtlich bezeichnet und liegt auch auf der Albtalbahn, während der Personenverkehr zeigt dagegen auf allen Strecken Steigerungen, insgesamt von 4,34 auf 5,51 Millionen. — Die Gesamtausgaben haben sich ebenfalls erhöht von 2,01 auf 2,38 Mill. M. Der Ueberschuss stellt sich auf 69.070 (48.059) M. Die Gesamtkosten betragen 2.000 (13.356) M. Anfechtungen 10 (476) M. und der Betriebszuschuss für die Strecke Bruchsal-Baldersheim-Hüffenhardt 27.332 (9) M., so daß nur ein Gewinn von 203 (568) M. verbleibt.

Der Geschäftsbericht selbst bezeichnet die Vermögensaufstellung als Ungünstig, da man die Kosten für Anschaffungen der letzten Jahre dem Betriebkapital hätte entnehmen müssen. Die Bahnanlagen stehen mit 3,3 (3,2) Mill. M. zu Buch, Vorräte mit 209.710 (204.349), Kassenstände mit 115.931 (189.177) M. Bei una. K. und Anfechtung mit 900.000 bzw. 973.500 M. sind die Rücklagen auf 101.212 (148.643) gestiegen, Verkehrsschulden auf 267.242 (290.313), während versch. Verbindlichkeiten leicht ermäßigt sind (1.437.290 gegen 1.451.102). Neu erscheinen Wechselschulden mit 27.595 M.

Dr. Emil Waelde u. Co. (Cedexfabrik), Lage i. B. In einer auf 26. Juni nach Frankfurt einberufenen Gläubigerversammlung der Gesellschaft, die sich im Februar unter Gl. gestellt hat, soll Bericht über Verbandsverhandlungen erstattet und es sollen die dazu notwendigen Beschlüsse gefaßt werden. Ein Zwangsvergleich wurde bereits abgeschlossen, doch das Gesamtvermögen der Firma an die Gläubiger übergeben, so daß die Gläubiger von dem Gläubiger abhängen wird, den die Liquidation und der Verkauf des Unternehmens ergibt.

Süddeutsche Möbelfabrik Bertrand u. Baum AG. in Stuttgart. Der Reingewinn des Geschäftsjahres 1925 stellt sich auf 1938 (21.049) M. der vorgetragen wird. Nach der Vermögensaufstellung haben sich Maschinen auf 138.700 (120.500), Rohstoffe auf 211.174 und Wechsel auf 13.720 (6145) M. erhöht, Kassenstände gingen auf 53.381 (75.640) zurück. Die Verbindlichkeiten sind auf 215.293 (147.327) gestiegen, transitorische Passiva auf 11.075 (19.673) ermäßigt; K. 300.000, Rücklage 26.000 (34.800) M. Das K. soll einschließlich um 50.000 M. herabgesetzt werden. Ende 1925 hat das Unternehmen eine einschneidende Umstellung ihrer bisherigen Arbeitsmethode eingeleitet, die zu einer bedeutend schärferen Anpassung aller Produktionsmittel und damit zu einer wesentlichen Herabsetzung der Kosten führen werde, so daß die Gewinnaussichten bei Wiederbelebung der Geschäftslage für das kommende Jahr nicht ungünstig erscheinen werden.

Eine weitere Verhaftung im Konkursfall der Firma Jacob Mayer, Frankfurt. Im Fortgang der Ermittlungen im Falle des Konkurses der Kartoffelgroßhandlung Jacob Mayer I durch den Untersuchungsrichter wurde durch diesen nunmehr auch die Verhaftung des Sohnes des einen Inhabers Julius Mayer, Jakob Mayer, wegen Beihilfe zum Konkursverbrechen verfügt. In der Urkunde sind nunmehr im ganzen fünf Verhaftungen erfolgt.

Kapitalerhöhung der Stahl- und Holzwerk Hennigsdorf AG. in Berlin. Die Verwaltung beantragt bei einer auf 10. Juli einberufenen v. G. über die Herabsetzung des Grundkapitals von 6 auf 2 Mill. M. zwecks Deckung des Verlustes und zu Abschreibungen sowie über die Wiedererhöhung des verminderten Grundkapitals um 6 auf 8 Mill. M. Beschlüsse zu fassen. Wie dazu veräußert, ergibt sich für das Geschäftsjahr 1924/25 ein Verlust von etwa 350.000 M., dem eine in der A. G. Bilanz ausgewiesene Rücklage von 600.000 M. gegenübersteht. Laut Mitteilung der Verwaltung ist der Geschäftsgang gegenwärtig etwas besser, doch hängt die weitere Entwicklung von der Gestaltung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ab.

Kapitalerhöhung der Stahlwerke Köhling-Buderus AG. in Wehr. Die Gesellschaft erzielte einen Betriebsergebnis von 3.893. Die Abschreibungen erforderten 3.198, Steuern 0.308, Mill. M. so daß nach Abschreibungen in Höhe von 0,26 Mill. M. ein Reingewinn von 5908 M. verbleibt, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Nach dem Geschäftsbericht war es gelungen, das Abschreibungs im Auslande zu erweitern, jedoch infolge des großen Wettbewerbs und zufolge der ausländischen Werten gegenüber noch fast ver-

Hat das Staffeltarifsystem sich für Süddeutschland bewährt?

I.

Gegenwärtig verläuft, daß die Reichsbahn in ihrem ständigen Tarifsausschuß die Frage eingehend prüft, ob das bisherige Tarifsystem beibehalten oder inwieweit es abgeändert werden soll. Bekanntlich war das Eisenbahngütertarifsystem bis zum Jahre 1920, abgesehen von einzelnen Besonderheiten, auf dem Einheitskilometer-tarif aufgebaut, d. h. die Tarifeinheit bei den allgemeinen Wagenladungsstellen und den Spezialtarifen betrug einen bestimmten Pfennigfuß pro Tonnenkilometer:

Die allgemeine Wagenladungsklasse A	6,7 Pf. pro Tonnenkilometer
Spezialtarif II	5,5 " " "
" " III	4,5 " " "
" " IV	3,5 " " "
und über 100 km	2,2 " " "

Zu diesen Streckenfüßen kam noch die geringfügige Abfertigungsgebühr. Dieses Einheitsystem, das sich bis dahin durchaus bewährt hatte und das durch eine Reihe von Ausnahmetarifen vor dem Kriege ergänzt war, wodurch den besonderen Bedürfnissen bestimmter Artikel und Gegenden Rechnung getragen wurde, wurde im Jahre 1920 verlassen und das Staffeltarifsystem eingeführt, das darauf beruht, daß der Frachtfuß sich mit der größeren Entfernung ermäßigt. Die gesamte durchlaufene Transportstrecke wurde in Staffeln von je 100 Km. zerlegt, und für diese Staffeln bestimmte Kilometerfüße ausgeworfen, die sich ganz außerordentlich verbilligten mit der Zunahme der Entfernung. Es sollen hier nur gegenübergestellt werden die Sätze der

km	Tarifklassen:			
	A	C	D	B
	allgem. Waren-ladungsklasse	Spezialtarif I	Spezialtarif II	Spezialtarif III
		in Pfennigen:		
1-100	11,5	7,8	6,2	3,7
101-200	10,3	7,1	5,5	3,4
201-300	9,3	6,3	5,0	2,9
301-400	8,9	5,7	4,4	2,6
401-500	8,0	4,7	3,7	2,3
501-600	6,9	3,9	3,1	2,0
601-700	5,8	3,1	2,5	1,7
701-800	5,4	2,4	1,8	1,1
801-900	3,8	1,5	1,3	0,8
über 900	1,3	0,8	0,6	0,4

Hierzu kommen feste Abfertigungsgebühren, die im Gegensatz zu dem früheren System nicht gestuft wurden, sondern feste Größen sind, für alle Entfernungen und gewisse Zuschläge für die Rebenklassen, gedeckten Wagen usw. — Die wenigen Zahlen ergeben deutlich den gewaltigen Unterschied des jetzigen Systems gegenüber dem früheren; vor allem Dinge springt in die Augen die ungeheure Verbilligung, die bei den größeren Entfernungen eingeleitet ist. Diese Verbilligung war jedoch nur möglich dadurch, daß die neuen Entfernungen ganz beträchtlich verteuert wurden. Man hört heute häufig das Wort, daß man in dieses neue Tarifsystem hineingetaumelt sei. In jener Zeit war jedoch die allgemeine Auffassung die, daß dieses neue Tarifsystem vor allem Dingen für die Sechsten und Industriefirmen Produktionsstätten, sowie vor allem für die Rohstoff- und Hilfsmittelbetriebe und entfernten Gebiete unbedingt von Vorteil sein müsse. Auf der einen Seite habe man für den Bezug der Rohmaterialien aus weiter Entfernung eine wesentliche Verbilligung der Bahnfrachten; auf der anderen Seite gestalte ebenfalls wiederum diese auf große Entfernungen nerbilligte Mah-

fracht einen Versand in weitere Gegenden, wohin man bisher nicht habe kommen können. Die Eisenbahn selbst verspricht sich ihrerseits eine ganz wesentliche Vermehrung des Transportgutes infolge des Anreizes, den man durch die Verbilligung der weiten Entfernung dem Handel und der Industrie zum Versand auf größere Strecken geboten habe.

Nachdem nun fünf Jahre der Geltung des Staffeltarifsystems abgeschlossen sind und die Eisenbahn die Frage prüft, ob dieses System sich bewährt habe und beibehalten werden soll, so ist zweifellos die Verbilligung gegeben, zu prüfen, wie sich dieses so laut gepriesene Staffeltarifsystem für die süddeutsche Wirtschaft bewährt habe.

Was zunächst die Vermehrung des Transportgutes anlangt, so ist davon auszugehen, daß im Jahre 1913 die durchschnittliche Beförderungsstrecke auf den deutschen Eisenbahnen folgendermaßen gewesen ist:

a) allgemeine Wagenladungsklasse	134 km
b) Spezialtarif I	90 " "
c) Spezialtarif II	116 " "
d) Spezialtarif III	79 " "

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Gros der Gütermengen sich in der letzten Tarifklasse befindet — ganz abgesehen von den Ausnahmetarifen, bei denen die neuen Entfernungen noch weit mehr überwiegen — darf angenommen werden, daß der Durchschnitt der Entfernungen für sämtliche Transporte sich höchstens bei 100 Km. befand oder aber, daß etwa 50 v. H. aller Transporte innerhalb 100 Km. befördert wurden.

Nach der von der Eisenbahn für das erste Halbjahr 1925 aufgemachten Statistik, die sich den Entfernungsstatistiken anschließt, ergeben sich nach einer Veranschaulichung in der Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik" 1926, Seite 312, folgende Beförderungsleistungsmengen:

In der Entfernung	1-100 km	im Durchschnitt	88,1 %
" " "	101-200 " "	" " "	19,3 "
" " "	201-300 " "	" " "	8,0 "
" " "	301-1000 " "	" " "	0,8 "
" " "	über 1000-10000 " "	" " "	0,4 "

Diese Zahlen beweisen, daß die Hoffnung der Eisenbahn, den früheren Beförderungsleistungsmengen durch das neue Tarifsystem verbessert zu haben, absolut nicht in Erfüllung gegangen ist. Während im Jahre 1913 etwa 50 v. H. aller Gütermengen nur bis 100 Km. liefen, sind es jetzt beinahe 90 v. H. aller Transporte geworden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese Zahl von 88,1 v. H. nach gar nicht einmal mit den Ziffern von 1913 verglichen werden kann, weil durch die enorme Verteuerung der Frachten für die neuen Entfernungen eine große Menge von Gütern auf die Landstraße, d. h. den Autoverkehr abgewandert sind. Diese Ziffer ist naturgemäß nicht leicht festzustellen; darüber besteht aber auch bei der Eisenbahn die Ueberzeugung, daß sie sich durch dieses neue Tarifsystem einen außerordentlich unerwünschten Konkurrenzvorteil erworben hat. Die erwarteten großen Entnahmen aus diesem Autoverkehr sind in einer geradezu bedenklichen Weise ausgefallen. Ob dieser Autoverkehr überhaupt als eine Verbesserung und ein Fortschritt anzusehen ist, mag sehr bezweifelt werden. Man denke nur an die Folgen für unsere Landstraßen und für die Reichsstraßen, durch welche dieser Verkehr geht und für welche diese Straßen ruinierenden und mächtige Staubwolken erzeugende Verkehrsmittel ein Strecken sind. Der Allgemeinheit obliegt der teure Residu von Landstraßen, die dem Verkehr, der früher der Eisenbahn seine Frachten bezahlte, nunmehr unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Schlussverhandlungen über die Getreidehandels-G. m. b. H.

In den letzten Tagen ist in der Presse die Nachricht verbreitet worden, das Reichsernährungsministerium habe den drei nicht-landwirtschaftlichen Berufsgruppen (Getreidehändler, Müller, Bäcker) neue Beschlüsse über die Schaffung eines Beirats bei der Deutschen Getreidehandels-G. m. b. H. gemacht. Es hieß, daß der Beirat in grundsätzlichen Fragen mit dem Verwaltungsrat der Gesellschaft zusammen tagen und stimmen kann. Demgegenüber verläuft von maßgebender Seite des Berliner Getreidehändlers, daß die Beschlüsse der Reichsregierung in diesen Kreisen anders verstanden werden; der aus den drei nicht-landwirtschaftlichen Berufsgruppen zu bildende Beirat soll nicht bei der Getreidehandels-G. m. b. H. selbst, sondern bei dem der Gesellschaft beigegebenen Reichskommissar errichtet werden.

Für diese Lösung scheint in den Kreisen des Getreidehandels eine bessere Meinung vorhanden zu sein. Der Beirat, der aus je zwei Vertretern des Handels und der Müller und einem Vertreter der Bäcker bestehen soll, würde den Reichskommissar in wichtigen Fragen zu beraten haben. Für die nicht-landwirtschaftlichen Berufsgruppen würde auf diese Weise eine Mitwirkungsmöglichkeit gesichert sein, ohne daß eine direkte Verbindung zwischen diesen und der Gesellschaft bestehen würde.

teueren Inland-Selbstkosten, nur zu unbedingten Preisen. Die Betriebe wurden während des abgelaufenen G. J. nach weiter ausgebaut und nach der technischen Seite hin auf der Höhe gehalten. Der bevorstehenden G. J. wird die Erhöhung des Grundkapitals um 1 auf 3 Mill. M. vorgeschlagen. Nach der Bilanz betragen Rücklagen 8.116.129 M., Umstellungreserve 1.306.873, Hypotheken 3791 M., Vorkaufungen 292.909 M., K. 2 Mill. M. Diesen Verbindlichkeiten stehen an Vermögen gegenüber: Schulden in Höhe von 3.297.154, Warenvorräte 4.892.253, Kasse und Wechsel 76.487 M., Gebäude, Maschinen und Einrichtungen 2.846.302, Wohnhäuser 623.345 und Grundstücke 179.456 M. Mobilien und Beteiligungen sind auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Zu dem nicht gerade sehr günstigen Liquiditäts-Status ist zu bemerken, daß dieser durch die von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen sich im laufenden Jahr erheblich gebessert hat.

Eine halbe Million M. Verlust bei der Hensburger Schiffbau-Gesellschaft. Betriebsergebnis 1.083.640 (1.400.631) M. Abschreibungen 56.116 (70.029) M. Nach Abzug der allgemeinen Aufkosten verbleibt ein buchmäßiger Verlust von 505.082 M., der mit 300.000 M. aus der Rücklage gedeckt wird, die auf der Passivseite der Bilanz veranschlagt ist, während 145.082 M. als Verlust auf neue Rechnung vorgetragen werden. Für das laufende G. J. habe die Gesellschaft verschiedene Aufträge hereinbekommen, so daß sie hofft, den gegenwärtigen verringerten Arbeiterbestand bis zum Herbst durchhalten zu können.

Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin. Die Verwaltung der Hochbahn-Gesellschaft beruft jetzt eine v. G. auf den 9. Juli. Auf der T. D. steht die Vorlegung des Vertrages mit der Stadt Berlin und Genehmigung zum Abschluß dieses Vertrages. Das Grundkapital wird um 62 Mill. M. neuer, mit 50 v. H. einzuzahlender Aktien von je 1000 M. Gemeinderücklage ab 1. Jan. 1926 erhöht. Die Begebung dieser neuen Aktien soll an die Stadt Berlin und die Nord-Südbahn AG. gegen Einbringung der Schöneberger Bahn nach Nord-Südbahn erfolgen. Schließlich sollen die 30.000 Stück Schulden aus dem Reingewinn des Jahres 1925 unter entsprechender Veränderung des v. G. Beschlusses vom 12. April über den Gewinnvortrag einzuzahlen werden. Das Grundkapital wird sich nach Durchführung dieser verschiedenen Transaktionen dann auf 173.244.000 M. belaufen.

Stahlwarenfabrik AG. in Mm. Rohlieferungs 59.456 (63.038) M., Aufkosten einfach, Abschreibungen 56.171 (43.480) M., Reingewinn 326 (18.012) M.

Aufnahme einer langfristigen Hypothek der AG. Papierfabrik Hegge in Hegge (Württemberg). Der Beschäftigungsgrad im laufenden Jahre sei bisher zwar befriedigend gewesen, jedoch stehen die Verkaufspreise sowohl im Inland als auch im Ausland sehr zu wünschen übrig, so daß dieser Umstand auf das Jahresergebnis nicht ohne wesentlichen Einfluß bleiben könne. Zur Herbeiführung liquider Verhältnisse habe die Gesellschaft vor kurzem zur Aufnahme einer langfristigen Hypothek allerdings im englisch-bemessenen Rahmen schreiten müssen. Im Hinblick auf diese Verhältnisse und um die Finanzlage der Gesellschaft nicht zu verschärfen, auch um den technischen Fortschritt nicht zu unterbinden, seien die Hoffnungen auf eine Dividendenausüttung wohl als gering anzusehen.

Devisenmarkt

Am europäischen Devisenmarkt war gestern eine erneute Abschwächung für den französischen Franken zu verzeichnen. London gegen Paris, das mit 170 einsetzte, schloß abends mit 173 und wird heute früh mit einer Parität von 171,50 aus New York gemeldet. Ausgesprochen schwach liegt weiter der spanische Pefeta auf größere Abgaben.

London - Paris	171,50	173,50	London - Holland	12,13	—
London - Belgien	170,10	169,50	London - Oslo	22	—
London - Holland	134,75	—	London - Kopenhagen	19,35	—
Rebel - Schwyz	516,50	—	London - Stockholm	18,11	18,11
London - Schwyz	75,13	—	Wien - Berlin	30,06	29,70
Wien - Schwyz	14,70	14,48	Wien - Paris	127	128,45
Holland - Schwyz	18,04	—	Wien - Warschau	190,70	192,25
Holland - Schwyz	207,50	—	Holland - Paris	1414	1422
Rebel - Holland	249	—			

De M.-Stk. lassen sich folgende Kurse feststellen:

London	20,44	20,40	Frank	12,44	12,44	Madrid	68	68,60
Berlin	11,99	12,07	Doll.	92,00	92,00	Argentinien	109,70	69,07
Paris	61,30	61,30	Republik	111,40	111,40	Japan	196,00	196,00
Wien	15,15	15,15	Staatloos	112,75	112,74			
Holland	141,68	140,45	Beifuss	12,01	12,10			

Berliner Metallbörse vom 22. Juni

Preise in Reichsmark für 1 Kg.

21.	22.	21.	22.		
Getreidekupfer	132,1/2	132,1/2	Aluminium	2,40-2,45	2,40-2,50
Stahlnadelfeder	—	—	in Barren	—	—
Stahl	—	—	inn. ausl.	—	—
Wagnitz (B.-Pr.)	67,0-68,0	67,0-67,8	Stützmaß	—	—
(fr. Wert.)	—	—	Wagnitz	2,40-2,50	2,40-2,70
Wagnitz	5,00-6,00	5,5-5,95	Wagnitz	0,95-1,07	1,00-1,05
Aluminium	2,35-2,40	2,35-2,40	Silber für 1 Gr.	90,5-91,5	90,5-91,5

London, 22. Juni Metallmarkt (in Pf. t. v. 1016 Pf.)

21.	22.	21.	22.		
Rupier	87,25	87,13	Beifuss	63,50	63,50
do, 3 Monate	85,15	85	Rudel	—	—
do, 6 Monate	83,30	83,50	Sinn	271	271,25

Schiffahrt

Frachtmärkte in Duisburg-Ruhrort vom 22. Juni

Die Nachfrage nach Raum war auch heute wiederum reger. Die Frachten nach Rotterdam und Antwerpen-Gent erlitten eine weitere Erhöhung. Es wurden bezahlt: Ruhrort - Rotterdam 1,00 bzw. 1,35 M. per Tonne nach Antwerpen-Gent 2,40 M. per Tonne einfach. Schlepplahn, Transporte ab Kanal 20 Pf. Sulphat, für Bergtransporte wurde eine Tagesmiete ab Ruhrort nach Weina, Mannheim, Ströburg von 5 Pf. mit 25 Tagen Garantie und freier Ablieferung nach Ruhrort notiert. Der Lastschlepplahn hat etwas angezogen. Es wurden für größere bediente Röhre 25 Pf. per Tonne bezahlt. Der Bergschlepplahn blieb mit 90 Pf. un-



Hermann Fuchs
An den Paraden, Neben der Hauptpost

Billiges Monats-Ende

Nur vom
23. bis 28.
Juni

Reinwoil. Gabardine 130 cm breit, Meter 4.35, 3.75	Reinwollene Rippe u. solide Moulines 130 cm breit. Mtr. 5.50	Kostüm-Donegal 140 cm breit Meter 95 Pl.	Diamant-Donegal 1. Kostüm u. Mantel, 140 cm breit. Mtr. 1.25	Meeraner-Karo doppeltbreit Meter 95 Pl.	Reinwollene farben- prächt. Schotten doppeltbreit. Mtr. 2.35
Wachseide Karo und Streifen Meter 1.25, 95 Pl.	Basfarbige Wachseide Meter 1.35	Basfarbige Rohseide (Tussor) Meter 2.65	Schweizer Vollvolle bedruckt 110 cm breit. Mtr. 95 Pl.	Crêpe-Marocaine waschecht, einfarbig u. schöne Streif. 1.75, 1.95	Bordüren-Crêpe 130 cm breit Meter 3.75
Waschmusseline schönfarbig Meter 68, 66, 48 Pl.	Wollmusseline schöne Muster Meter 1.95	Pullover Kunstseide, hübsche, moderne Muster mit ganz. Arm 3.90 , mit halben Arm 3.50		Dirndel-Zephir indianisch Meter 68 Pl.	Indigo-Satin für Kleider und Knaben-Anzüge 95 Pl.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

2 billige Norwegen-Fahrten
im Juli und August 1926

mit dem beliebten Doppelschrauben-Salondampfer „LUTZOW“
L. Reise ausverkauft! Unterbringung nur in 1- bis 3-bettigen Kabinen / Vortreffliche Verpflegung und Bedienung / Landausflüge nach den schönsten Punkten Norwegens
Verlangen Sie kostenlose Auskunft und illustrierte Prospekte durch unsere Vertretungen
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
In Mannheim: **NORDDEUTSCHER LLOYD**
Generalagentur, Lloydreisebüro G. m. b. H., Hansa-Haus, D 1, 7/8 und die übrigen Bezirksvertretungen. Cmi25

Vermischtes

Piano, Flügel Harmonium
Stimmungen — Reparaturen
sachm. — reell
Trotz, H 7, 17
Tel. 1155
*8112

Nähmaschinen
repar. u. vert. Maschinen,
L. 7, 3, Teleyben 3493.
C14

Bulow-Pianos
neu und gebrauchte,
liefert franko zu
allerbilligsten
Preisen auch d. Teilzahlg.
Bereitstellung frei. Rein Laden
F. Stiering, C 7 Nr. 6

Hypothekengelder
zu günstigen Bedingungen, 1491
Heinrich Frolberg
P 6, 20 Tel. 1464

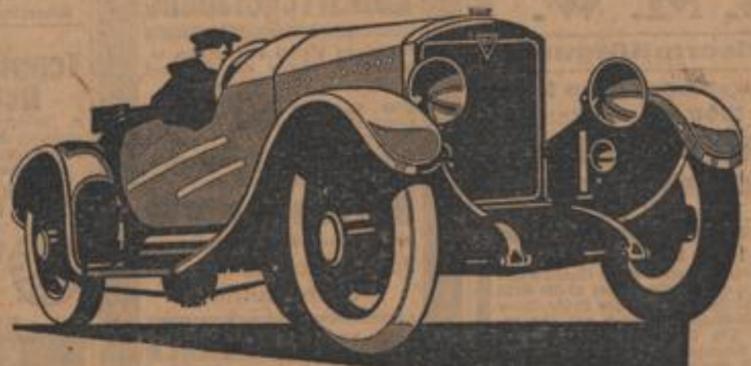
An gut. Mittagstisch
kann noch ein. Gessen teilnehmen
*8042
Zulassung 59, post.

Komplette Kücheneinrichtung
nahe lackiert,
mit 2 Schränken
Mk. 168.—
verkauft
Blinzenhöler
Wittelager Auguststr. 31
*8096

Ma. tauch. entdiesene
Räder habe ich einige
Schlafzimmer
2 Speisezimmer
1 Gläserschrank
Standuhr
Küche, Ausziehtisch
äußerst günstig abgegeben
Lehner, Schreinerrei
Alphonsstr. 13
Schulzeit 5-7 Uhr im
Lager C 4, 16, Hof.
*82908

WADLER

Immer allen Ansprüchen gerecht — auch den aussergewöhnlichsten.



DIE NEUEN TYPEN 1926
6/25, 10/50, 18/80 PS.

Mit allem versehen, was vollendete Technik und vorbildlicher Geschmack leisten.

AKREMA AUTOMOBILGES. M. B. H.
MANNHEIM, M 7, 9.-10.

Tel. 506 u. 514 Fahrschule — Reparaturwerkstätte Tel. 506 u. 514

Ein Posten
Standuhren
solange Vorrat
weit unter Preis!
Nur beste Werke mit schriftlicher Garantie.
*111
Cäsar Fesemeyer
D 1, 3, Breitestr.

Mehlgerei und Schäferei
Bernhard Hirsch

J 1, 16/17 Tel. 1711

Beginn des Verkaufs in meinem umgedauten, vielfach vergrößerten Laden 5074

Morgen, Donnerstag früh

In überraschend kurzer Zeit gelang es den Herren Architekt **Johner**, Bauunternehmer **Lorenz Groß, Mannheim**, den Firmen **Mile und Grau, Stuttgart**, mit Unterstützung der mit Spezialarbeiten beauftragten Firmen **Mastergütiges** zu schaffen.

Ein schönes Gesamtbild!
Eine hygienisch einwandfreie Einrichtung!

Eine Ausstattung, die flotteste und aufmerksamste Bedienung verbürgt. „Gute Ware, mäßige Preise, reellster Verkauf.“

Dieses, mein allbewährtes Geschäftsprinzip bleibt der Leitfaden, unter dem ich meinen neuen Laden dem Betrieb übergebe.

Mit der Unterstützung meiner getreuen, langjährigen Mitarbeiter werde ich noch mehr denn je früher den Ansprüchen meiner verehrten Kundschaft gerecht werden können.

Frohe Gesichter

sah man bei Groß und Klein, die unsere „Kinder-Tage“ besuchten. Zehntausende strömten zu den Verkaufsbuden und den Kinder-Belustigungen und machten unsere originelle Veranstaltung zu einem Sensationserfolg.

Besuchen Sie **Schmollers „Kinder-Tage“** und bringen Sie die Kinder mit, doch kommen Sie möglichst vormittags.

Im Erfrischungsraum Konzert!

Schmoller

Mannheim :: Paradeplatz

Die Zeitungs-Anzeige ist das beste und billigste Werbemittel

Leder-Jacken braun u. schwarz **65 Mk.**
Gürter, Augartenstraße 13
*8019

Hausfrau kochte nur noch
FRANKENLAND-MALZKAFFEE
er schmeckt vorzüglich!

Schmiedeeiserne Fenster Treppen Türen
Spezialität seit 40 Jahren
Feinisenwerk „Zucker“
Mannheim Schwelzingerstr. 98

BiOX
DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA
BIOX. ULTRA STARK SCHÄUMEND